Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł, mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł, vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 231 — **Bromberg,** Dienstag, den 8. Oktober 1935. — **59. Jahrg.**

Neuer Ausschuß des Völkerbundrats.

Abessinien fordert sofortige Sanktionen. — Italien für Ausschluß Abessiniens.

Genf, 7. Oktober.

Der Rat des Völkerbundes trat am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr wieder zu einer geheimen Sitzung zusammen, um über den italienisch-abessinischen Krieg zu beraten.

Um 4 Uhr nachmittags versammelte sich der Dreizehner-Ausschuß zur letzten Redigierung der „Empfehlung", die man zur Schlichtung des sogenannten italienisch-abessinischen Streites noch für notwendig hält, obwohl der Streit sich längst in einen Krieg gewandelt hat. In letzter Minute vor Beginn der Sitzung des Rates hat der Generalsekretär des Völkerbundes eine

neue Note Abessiniens

erhalten, in der die **sofortige Anwendung der Sanktionsbestimmungen** verlangt wird, da **der Angriff Italiens außer Zweifel** stehe.

Unmittelbar nach Veröffentlichung der abessinischen Note hat das Generalsekretariat selbst den Bericht herausgegeben, den der Dreizehner-Ausschuß dem Rat vorlegt. Der Bericht stellt u. a. fest, daß, wenn Abessinien noch besondere Verpflichtungen bei seinem Eintritt in den Völkerbund übernommen hatte, die Feststellung über die Einhaltung dieser Verpflichtungen Sache des Völkerbundes und nicht einer Regierung ist. Eine genaue Nachprüfung an Ort und Stelle sei durch die inzwischen eingetretenen Verhältnisse unmöglich geworden. Was die angebliche Unsicherheit an der abessinischen Grenze betreffe, so könne der Rat nur feststellen, daß auch Frankreich und England an Abessinien grenzen und daß sich der Rat bisher niemals mit einer Klage dieser beiden Staaten oder auch nur mit einer Klage Italiens vor dem Konflikt zu befassen gehabt habe. Die innere Unsicherheit in Abessinien sei aber auch allen Regierungen einschließlich Italiens bekannt gewesen, als man sich 1923 für die Aufnahme Abessiniens einsetzte.

Aloisi erklärt:

Italiens Vormarsch war provoziert.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundrates begann nach einer nochmaligen einstündigen Beratung des Dreizehner-Ausschusses und einer halbstündigen vertraulichen Verhandlung des Rates. Der italienische Delegierte Baron Aloisi hatte am Ratstisch Platz genommen und blieb auch sitzen, als der Präsident des Rates den Vertreter Abessiniens aufforderte, am Ratstisch sich niederzulassen. Damit hat Aloisi zu erkennen gegeben, daß er wenigstens für die nächsten Stunden entgegen der Haltung vom Anfang September an einer Sitzung des Rats sich beteiligt, auch wenn die Abessinier hinzugezogen werden.

Im Augenblick des Beginns der Ratssitzung wurde in Ergänzung des umfangreichen Berichtes, den der Dreizehner-Ausschuß fertiggestellt hat, eine

Entschließung

übergeben, nach welcher der Rat sich im Augenblick auf die Empfehlung beschränkt, **daß jeder Verletzung der Völkerbundsatzung sofort ein Ende gesetzt werden muß. Er behält sich außerdem jede andere Empfehlung, die er für nützlich erachtet, vor.**

In der Sitzung des Rates hielt der italienische Delegierte

Baron Aloisi

eine äußerst scharfe Rede, in der er erklärte, daß **Abessinien die volle Verantwortung und die Schuld am Ausbruch des italienisch-abessinischen Krieges** trägt, während Italien nur seiner Pflicht zur Verteidigung und sogar für Aufrechterhaltung der Völkerbundsatzungen nachgekommen sei. Der Rat habe seine Pflicht insoweit versäumt, als er nicht eine genaue Prüfung der Bedingungen vorgenommen habe, unter denen überhaupt Abessinien Mitglied des Völkerbundes sein könne.

Italien sei das Opfer eines Angriffs durch Abessinien geworden; es sei das Opfer dieses Angriffs schon während der letzten Jahre fortgesetzt gewesen.

Abessinien stelle eine dauernde Bedrohung der italienischen Kolonien dar. Jetzt habe man die Bedrohung Italiens durch Abessinien in das Gegenteil gekehrt. Wörtlich erklärte Aloisi dann:

Die durch die italienischen Truppen unternommenen Operationen, die unmittelbar der allgemeinen Mobilisierung in Abessinien folgten, sind infolgedessen völkerrechtlich einwandfrei sogar im Sinne der Völkerbundsatzung, weil sie nur eine unmittelbare und notwendige Erwiderung auf einen Akt der Provokation darstellen.

Antrag auf Ausschluß Abessiniens angedeutet.

Der italienische Delegierte deutete dann die Möglichkeit eines Antrags auf Ausschluß Abessiniens aus dem Völkerbund an, und zwar mit dem Hinweis auf eine ähnliche Formuliernug, die Eden im Mai 1934 gegenüber Liberia gebraucht hat. Aloisi stellt diesen Antrag aber nicht, sondern formuliert zum Schluß ein seltsames Angebot auf weitere Verhandlungen mit folgendem Satz: „Solange nicht die verschiedenen Gründe beseitigt sind, welche Abessinien dazu veranlaßt haben, eine aggressive Haltung gegen Italien einzunehmen, und solange nicht die Ermutigungen beseitigt werden, die Abessinien durch die Verdrehung der Wahrheit im italienisch-abessinischen Konflikt gegeben sind, wird es nicht möglich sein, eine gerechte Lösung des Konflikts zu verwirklichen."

Nach Aloisi erhielt

der abessinische Delegierte

das Wort. Er wiederholt die Forderungen, die bereits in der an das Generalsekretariat gerichteten Note aufgezeichnet sind, ohne neue Gesichtspunkte hinzuzufügen.

Darauf wurde die Sitzung des Rats nach kurzen Bemerkungen zur Geschäftsordnung durch den Präsidenten überraschend schnell geschlossen.

Der Rat beschloß weder eine Feststellung des Angreifers, noch beschäftigte sich der Rat irgendwie mit der Sanktionsfrage. Man hat nicht einmal die längst überholte und nur nach der Satzung formal noch notwendige Angelegenheit des Artikels 15 und des Berichts des Dreizehner-Ausschusses beendet.

Die Debatte darüber wird am Montag fortgesetzt. Weiter wurde

ein neuer Ausschuß des Rates

eingesetzt, der die neugeschaffene Lage besprechen soll. Dem Ausschuß gehören an England, Frankreich, Rumänien, Griechenland, Portugal und Dänemark. Er soll am Montag über die durch den Ausbruch des Krieges eingetretene Lage unter völkerrechtlichen und tatsächlichen Gesichtspunkten Bericht erstatten. Außerdem verkündete der Präsident, **daß die Vollversammlung des Völkerbundes bereits für den nächsten Mittwoch, 16 Uhr nachmittags, einberufen sei.**

Italiens Verantwortlichkeit festgestellt.

Der Sechser-Ausschuß hat am Sonntag nachmittag in dreistündiger Sitzung unter dem Vorsitz des portugiesischen Außenministers seine Arbeiten beendet. Der Ausschuß hat die von italienischer und abessinischer Seite dem Völkerbund übermittelten Schriftstücke geprüft und einen Bericht über die Vorgänge der letzten Tage ausgearbeitet. Wie verlautet, enthält dieser Bericht lediglich eine Darstellung der Tatsachen, aus denen der Rat die politischen und rechtlichen Schritte ziehen soll. **In dieser Tatsachendarstellung soll die Verantwortlichkeit Italiens für den Ausbruch der Feindseligkeiten stark zum Ausdruck kommen.**

Laval an das französische Volk.

Ministerpräsident und Außenminister Laval richtete einen Aufruf an die französische Nation, in dem er das Volk zu **Einigkeit, Ruhe und Kaltblütigkeit auffordert.** Wenn es sich um innere Politik handle, seien alle Meinungsverschiedenheiten berechtigt. Sie müßten aufhören, wenn es das höhere Interesse des Landes verlange.

Der französische Ministerrat erklärte sich am Freitag einstimmig mit dem Ministerpräsidenten mit der Haltung einverstanden, die Frankreich gegenüber dem italienisch-abessinischen Konflikt eingenommen habe und nach dem Vorschlag Lavals weiterhin einnehmen werde.

Adua in der Nacht von Abessiniern geräumt.

Neuer Widerstand im Gebirge.

Die Stadt Adua, die am Sonnabend morgen von italienischen Truppen erobert wurde, aber im Verlauf erbitterter Kämpfe mehrmals den Besitzer gewechselt hat, wurde, wie aus Addis Abeba gemeldet wird, am Sonntag vormittag von den Italienern besetzt, nachdem die Abessinier den Ort vorher geräumt hatten. Italienische Patrouillen, die sich im Schutz eines dichten Frühnebels Adua näherten, fanden das italienische Konsulat in Adua, das etwas außerhalb der Stadt liegt, völlig leer. Auf dem Gebäude wehte noch die italienische Flagge. Über das Schicksal des italienischen Konsuls und des übrigen Personals, zu dem auch ein Arzt gehört, ist nichts bekannt. Man nimmt an, daß alle als Geiseln von den Abessiniern mitgenommen worden sind.

Als die Meldung eintraf, daß Adua vom Feinde geräumt sei, traten die italienischen Truppen sofort den Vormarsch an und besetzten die Stadt. Rechts und links von Adua waren die Einkreisungsbewegungen der Italiener im Laufe des Sonnabend gut vorwärts gekommen, so daß für die Abessinier die Gefahr bestand, abgeschnitten zu werden, wenn sie noch länger Adua hielten. Als sich der Morgennebel hob, stellten auch die italienischen Flugzeuge fest, daß Adua geräumt sei und die Abessinier sich auf dem Rückzug befänden.

Über den Vormarsch der Italiener auf Adua, der länger als zwei Tage von den Abessiniern aufgehalten wurde, wird berichtet, daß das italienische Maschinengewehrfeuer aus den Panzerwagen sehr wirksam gewesen sein soll. Die Italiener melden, daß sie an der Vormarschstraße nach Adua mehr als

2000 tote Abessinier

festgestellt haben.

Die Aufgabe Aduas durch die Abessinier kommt nicht überraschend, da nach dem abessinischen Kriegsplan der Hauptwiderstand erst im Innern des Landes, und zwar im Hochgebirge, geleistet werden soll. Schon am Sonnabend abend wurde in Addis Abeba bekannt, daß die Truppen der abessinischen Nordfront den Befehl erhalten hätten, sich etwa 100 Kilometer zurückzuziehen, wo neuer Widerstand geleistet werden soll.

Italienische Flugzeuge meldeten, daß sich starke abessinische Kolonnen

im Rückzug auf Makale

befinden. Bei Makale verläuft die neue Widerstandslinie. Der Stab des II. italienischen Armeekorps hat in dem Gebäude des italienischen Konsulats in Adua sein Hauptquartier aufgeschlagen. In den Bergen in der Umgegend Aduas befinden sich noch starke irreguläre abessinische Verbände, von denen man annimmt, daß sie im Schutze der Dunkelheit Überfälle auf die Italiener ausführen werden.

Das römische Communiqué.

Durch ein offizielles Communiqué wurde der Fall von Adua in Rom am Sonntag vormittag bekanntgegeben. General de Bono hat seiner Siegesbotschaft hinzugefügt, daß man bereits daran gegangen sei, von der italienischen Grenze bis nach Adigrat Straßen zu bauen, um die Lastwagentransporte zu erleichtern.

Rom feiert die Eroberung von Adua.

Die am Sonntag abend über den italienischen Rundfunk bekanntgegebene Nachricht von der Besetzung Aduas ist von Italien mit großer Freude aufgenommen worden. In verschiedenen Teilen der Stadt gruppierten sich Fackelzüge, die zum Nationaldenkmal zogen. Andere begaben sich zum Denkmal der Gefallenen von Adua.

Italienische Flieger werfen Proklamationen ab.

Asmara, 6. Oktober. (Funkspruch des Kriegsberichterstatters des DNB). Italienische Jagdflugzeuge haben über dem Tigre-Gebiet ungeheure Mengen von Flugblättern abgeworfen. Diese enthalten die Proklamation eines Mitgliedes des Hauses des ehemaligen Kaisers Johannes von Abessinien, der 1889 im Kampfe fiel und dessen Nachfolger Menelik II wurde, der die Nachkommen des Kaisers Johannes zum Thronverzicht zwang. In dieser Proklamation wird Italien als Befreier der Tigrevölker vom abessinischen Joch begrüßt und jeder Widerstand gegen die Italiener als nutzlos bezeichnet. Nur Italien könne dem Kaiser Johannes die Krone wiedergewinnen. In einem weiteren Aufruf, der

Das polnische Parlament konstituiert.

In der Sonnabendsitzung des Sejm referierte Abg. Podoski zunächst den Entwurf für die Geschäftsordnung des Hauses. Der Entwurf hält an dem Grundsatz fest, den Marschall mit großen Befugnissen auszustatten, bricht aber mit dem Grundsatz, daß der Abgeordnete nicht selbständiger Vertreter der Bevölkerung sondern vor allem Angehöriger einer bestimmten Gruppierung der Abgeordneten, also eines Klubs sei. Die Geschäftsordnung gibt der Initiative der Abgeordneten breiten Raum. Ein jeder Abgeordneter kann von sich aus Gesetzentwürfe, Anträge und Interpellationen einbringen. Ferner können Abgeordnete, gleichgültig ob sie dem betreffenden Ausschuß angehören oder nicht, ihre Bemerkungen zu einer bestimmten Frage machen, die gerade in der Kommission behandelt wird. Der Entwurf der neuen Geschäftsordnung, über den wir noch einen ausführlicheren Bericht bringen werden, wurde daraufhin ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Anschließend erfolgte die Wahl der Vizemarschälle und Sekretäre. Die fünf Vizemarschälle sind: Miedziński, Schaetzel, Mudry (Ukrainer), Byrka und Podoski. Zu Sekretären wurden gewählt: Hoppe, Kopeć, Skrypnik, Wadowski, Długosz, Dudziński, Tarnowski, Sosiński. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Sitzung des Senats.

Auch der Senat war am Sonnabend zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten, um zunächst ebenfalls seine Geschäftsordnung zu beschließen. Der Entwurf, der dieselben Bestimmungen enthält wie die vom Sejm angenommene Geschäftsordnung, wurde ohne Aussprache angenommen. Zu Vizemarschällen wurden gewählt: Switalski, Kwaśniewski und Makowski. Aus der Wahl der Sekretäre gingen hervor: Jaroszewiczowa, Terlikowski, Plocek, Olewiński, Dąbkowski und Maslow. Zum Schluß gab der Marschall bekannt, daß sich die Mitglieder des Parlaments zur Ehrung des Andenkens an Marschall Pilsudski nach Krakau begeben würden. Der Tag wurde noch nicht festgesetzt.

über alle Klöster und Kirchen abgeworfen wurde, wird die Abessinische Regierung als Verfälscherin der wahren Poptschin-Religion bezeichnet.

Denkmal für Adua 1896.

Die italienischen Truppen, die Adua am Sonntag vormittag besetzt haben, brachten — einer Meldung der PAT zufolge — auf Lastwagen auch ein Denkmal mit, das in der Stadt zu Ehren der italienischen Truppen, die im Jahre 1896 vor Adua gefallen waren, aufgestellt werden soll. Zu der Enthüllungsfeier soll sich auch Mussolini im Flugzeug nach Adua begeben.

Abessinische Deutung der Truppenbewegungen an der Nordfront.

Addis Abeba, 7. Oktober. (DNB.) In hiesigen politischen Kreisen erklärt man, daß im Ausland viele Falschmeldungen von den Kriegsschauplätzen verbreitet wurden. Diese unrichtigen Darstellungen hätten in Addis Abeba jedoch keinen Eindruck gemacht. Man betont, daß das abessinische Hauptquartier von vornherein aus strategischen Gründen beabsichtigt habe, die Truppen an der Nordfront um 100 Kilometer zurückzunehmen. Die abessinischen Truppen hätten dort nur Widerstand geleistet, um den Italienern „nicht die offene Tür zu zeigen". Man rechnet in Addis Abeba damit,

daß der italienische Angriff weitere Fortschritte machen wird,

und man ist sich über die Stärke der mit Großkampfmitteln ausgerüsteten italienischen Truppen durchaus im klaren. Man ist hier jedoch davon überzeugt, daß die abessinische Hauptwiderstandslinie, die von Makale nach Westen über Attaba nach Massini führt, den italienischen Vormarsch aufhalten wird.

Am Sonnabend früh hat wiederum eine Gruppe italienischer Staatsangehöriger Addis Abeba verlassen. Die Italiener benutzten einen Militärzug, der einige Kompanien Infanterie, Maschinengewehre und Munition nach Harrar bringen soll. Die Eisenbahn ist durch die vielen Truppen- und Materialtransporte stark überlastet.

Der italienische Vormarsch an der Südfront

Addis Abeba, 7. Oktober. (Eigene Meldung.) Nach Meldungen von der Südfront entwickeln die italienischen Truppen eine lebhafte Tätigkeit. Dort sind an der Linie Dolo—Jet italienische Einheiten mit Fliegerunterstützung eingesetzt worden. Die Abessinischen Streitkräfte stehen mit ihrem rechten Flügel am Ganale-Fluß und mit dem linken auf dem südöstlich anschließenden Höhenzuge.

Der italienische Konsul in Debra Markos (Nord-Abessinien) ist am Montag in Addis Abeba eingetroffen und wurde unter abessinischer Bedeckung zur italienischen Gesandtschaft geleitet.

Der Luftangriff auf Gorahai.

Addis Abeba, 7. Oktober. (Eigene Meldung). **Am Sonnabend wurde an der Somalifront der Ort Gorahai bombardiert. Wie von abessinischer Seite hierzu gemeldet wird, sind über diesem Ort etwa 300 Bomben abgeworfen worden. Ein Drittel der Bomben soll nicht explodiert sein.**

Italien und England haben sich nur „mißverstanden!"

Aus London meldet DNB:

Zu der Unterredung des italienischen Botschafters in London, Grandi, mit dem englischen Außenminister Sir Samuel Hoare berichtet Preß Association noch folgende Einzelheiten:

Signor Grandi las dem britischen Minister Sir Samuel Hoare **ein Telegramm und einen persönlichen Brief Mussolinis** vor. Beide waren in italienischer Sprache abgefaßt. Grandi übergab keine schriftliche Ausfertigung. In seinen Mitteilungen erklärt Mussolini, daß Großbritannien **die italienische Haltung mißverstehe.** Er stimme nicht mit der britischen Ansicht überein, wonach zu jedem Abkommen über Abessinien die Zustimmung des Abessinischen Kaisers notwendig sei.

Mussolini erklärte weiter, er habe sich nicht über die Völkerbundsatzung hinweggesetzt. Den Völkerbund werde er nur verlassen, wenn er hierzu gezwungen würde. Er wünsche die Feindseligkeiten auf eine koloniale Expedition zu beschränken und ihre Ausdehnung in ein anderes Gebiet zu vermeiden.

Im Verlauf der Unterredung, die von dem italienischen Botschafter nachgesucht worden war, erklärte laut „Preß Association" Sir Samuel Hoare, während des ganzen Streites sei **die Haltung Englands von italienischer Seite in unglückseliger und verhängnisvoller Weise mißverstanden** worden. Er gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß die militärische Aktion, die unternommen worden sei, zum mindesten jeden Fortschritt in Richtung einer möglichen Regelung äußerst schwierig gemacht habe.

Auf die italienische Anregung, gemeinsam und parallel die vorbereitenden Maßnahmen im Mittelmeer rückgängig zu machen, ist Sir Samuel Hoare, wie verlautet, überhaupt nicht eingegangen.

Dem Vernehmen nach wird eine formelle Antwort an Mussolini nicht gegeben werden, da auf britischer Seite nicht die Absicht bestehe, die Drei-Mächte-Besprechungen erneut zu beginnen. Der Streit befinde sich nach britischer Ansicht in Händen des Völkerbundes, und die Britische Regierung habe keinerlei Absicht, die Sache aus der Hand des Völkerbundes zu nehmen.

Deutschland wahrt Neutralität.

Der römische Korrespondent des Pariser „Temps" teilt mit, daß während der Unterredung, die Mussolini mit dem Deutschen Botschafter von Hassel hatte, der Standpunkt geklärt wurde, welchen Deutschland im italienisch-abessinischen Konflikt einnehmen wird. Nach Gerüchten, die in diplomatischen Kreisen im Umlauf sind, soll der Deutsche Botschafter Mussolini die Versicherung gegeben haben, daß das Reich strikte Neutralität wahren werde. Außerdem soll Herr von Hassel erklärt haben, daß im Falle der Anwendung von wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Italien auf Grund eines Völkerbundbeschlusses die Reichsregierung die Italienische Regierung unterstützen werde.

Ribbentrop zur Jagd in Polen.

Botschafter von Ribbentrop hat sich, wie aus Krakau gemeldet wird, nach Lancut begeben, wo er als Jagdgast des Grafen Alfred Potocki das Wochenende verbrachte.

Erntedank 1935 auf dem Bückeberg

Eine Million Volksgenossen auf dem Festplatz.

In einer überaus großen eindrucksvollen Kundgebung haben am Sonntag mittag die Bauern Deutschlands zusammen mit der nationalsozialistischen Staatsführung und der Wehrmacht das Erntedankfest 1935 auf dem Bückeberg festlich begangen.

Etwa eine Million Volksgenossen waren auf dem Festplatz, Kopf an Kopf, in dichtem Gedränge stehend, versammelt. Am Fuße des Bückebergs liegt „Bückedorf", ein Dorf, das auf der Landkarte eigentlich nicht existiert. Über Nacht hatten die Truppen der Wehrmacht es aus Holz provisorisch errichtet, als Kampfziel bei den großen bevorstehenden Schauvorführungen der Wehrmacht während der Feier. In natürlicher Größe liegt dieses Dorf im Tal, sogar eine recht ansehnliche Dorfkirche fehlt nicht. In bunten Farben sind die Bauernhäuser bemalt. Als der Führer gegen 12 Uhr eintraf, feuerte die Artillerie 21 Salutschüsse ab, aber die Heilrufe übertönten den Donner der Geschütze. Ein Geschwader von 17 Flugzeugen war dem Führer entgegengeflogen. In Hakenkreuzform zog es am Himmel seine Schleifen.

Jungbäuerin überreicht Erntekrone.

Drei Knallbomben künden den Beginn des Staatsaktes an. Eine Abordnung der Kreisbauernschaft Dannenberg, bestehend aus einer Jungbäuerin, einem Jungbauern, einer Landarbeiterin und einem Landarbeiter, tritt an den Führer heran und überreicht ihm die Erntekrone. Die Jungbäuerin richtet dabei an den Führer folgende Worte:

„Mein Führer!

In treuer, freudiger Arbeit haben wir geerntet, was die Kraft der Sonne und des Bodens auf unserer Scholle wachsen ließ. Wir wissen und sind stolz darauf, daß Sie, mein Führer, das Bauerntum aus jahrhundertelanger seelischer Unfreiheit herausgehoben und es wieder seiner großen völkischen Bestimmung verpflichtet haben. Der Väter Erbe, Blut und Boden, ist uns heilig. Wir wollen es hüten und wahren. Unsere Dankbarkeit zu Ihnen ist ehrliche Liebe und immerwährende Treue. Zum Zeichen unseres Vertrauens und in Dankbarkeit überreiche ich Ihnen die Erntekrone des deutschen Bauerntums."

Der Führer nimmt die Erntekrone sichtlich bewegt entgegen und dankt der Jungbäuerin mit herzlichem „Schön! Wie schön!"

Tausend Einwohner Hamelns, Männer, Frauen und Schulkinder, tragen sodann den Chorgesang „Segnung" von Kapellmeister Otto Meyer-Hameln, vor, ein dichterisches Bekenntnis zum Führer.

Eröffnung des Festaktes.

Reichsminister Dr. Göbbels eröffnete den Festakt auf dem Bückeberg mit einem Grußwort an den Führer, in dem er betonte, daß auch dieser Bauerntag im Zeichen der deutschen Freiheit stehe, daß Arbeiter, Bauer und Soldat Hand in Hand zusammengehen, um dem Volke sein täglich Brot zu geben und dem Reiche seine Freiheit zu sichern. (Heilrufe.) Anschließend begann das große Schauspiel der Wehrmacht, für die meisten der Teilnehmer wohl ein erstes unvergeßliches Erlebnis. Die gezeigten Kampfhandlungen waren insofern etwas Neuartiges, als erstmalig bei einer großen Übung sämtliche Waffengattungen der deutschen Wehrmacht beteiligt waren.

Nachdem ein Trompetensignal den Schluß der Wehrmachtvorführungen verkündet hatte, begab sich der Führer unter dem erneuten Jubel der Massen wieder zur Rednertribüne, die von vielen Hundert Fahnen der politischen Leiter der HJ und des Jungvolks eingerahmt war. Zunächst ergriff Reichsbauernführer und Reichsminister Darré das Wort. Er sprach über die große Bedeutung und die Aufgaben des deutschen Bauerntums im Nationalsozialistischen Reich, und sagte zum Schluß unter Hinweis auf die Tatsache, daß Bauerntum und Soldatentum von jeher zusammengehört und sich auch immer als zusammengehörig gefühlt haben, dem Führer im Namen des deutschen Landvolkes Dank für jene Tat vom Frühjahr dieses Jahres, wo dem Reich die Freiheit wiedergegeben wurde.

Der Führer spricht.

Dann sprach unter atemloser Stille der Führer. Seine Rede, die immer wieder von dem Jubel der begeisterten Massen unterbrochen wurde, gipfelte in der Erntedank-Parol an die Nation:

„Das Rechte tun und niemand scheuen!"

Deutschland und das deutsche Volk werden niemand etwas zuleide tun, aber auch von niemandem ein Leid erdulden.

Auf die Innenpolitik eingehend betonte der Führer, daß Deutschland sich in einer viel schwierigeren wirtschaftlichen Lage befindet als andere Völker, da es weder genügenden Lebensraum noch ausreichende Grundlage zu einer genügenden Ernährung hat, wie sie anderen Völkern zur Verfügung stehen. Deutschland fehle vor allem eine Basis für die Gewinnung kolonialer Rohstoffe. Trotzdem wird die Nationalsozialistische Regierung das Ernährungsproblem besser lösen können als dies andere Länder mit besseren Bedingungen getan haben. Wenn Deutschland leben will, so muß es seine Wirtschaft planmäßig führen.

Der Kanzler **betonte die Notwendigkeit,** sich unbedingt den Weisungen der Regierung zu fügen, die vor der ganzen Nation verantwortlich und an die Interessen der einzelnen Kreise und Stände nicht gebunden sei. Es geht nicht an, daß gewisse Kreise die Tätigkeit der Regierung nur einer Kritik unterziehen und ihr gewisse Fehler vorhalten. Irren ist menschlich. Aber wichtiger ist es, das zu tun, was man für gut befindet, in erster Linie, daß man vor irgend einem Symptom nicht kapituliert. Die Nationalsozialisten haben es verstanden, neue Wege zu suchen und haben sie auch gefunden.

Weiter wies der Kanzler darauf hin, daß die Politik der Erhaltung der Preise und Löhne auf dem gleichen Niveau bei der gegebenen Lage unbedingt notwendig gewesen ist. Eine Änderung dieser Politik müßte in der Folge zur Abwertung der deutschen Mark führen und damit eine Wirtschaftskatastrophe Deutschlands hervorrufen.

Weiter wies der Führer auf die überaus günstige Lage Deutschlands in der gegenwärtigen Zeit der Kämpfe, Erschütterungen und Revolutionen hin, die in der ganzen Welt herrschen. **Deutschland ist wie eine stille Insel, auf der die größte Ruhe herrscht.**

An die Worte des vor einigen Tagen auf dem Kongreß der englischen Konservativen gehaltenen Rede des britischen Ministerpräsidenten Baldwin anknüpfend, daß Diktaturen aus inneren Schwierigkeiten leicht einen Krieg vom Zaune brechen könnten, sagte Hitler: „Der größte Teil der Schuld ergibt sich aus dem Wesen der Demokratie. Wir haben es nicht nötig, zur Manifestierung unserer Einheit nach außen einen Krieg zu führen. Wir stehen hier als ein Volk, ein Wille und ein Reich. Deutschland ich wieder frei geworden! Über seine Freiheit wacht weder eine Kommission, noch der Völkerbund. **Über Deutschland entscheiden nicht fremde Mächte.** Indem wir uns über die große Arbeit im Inneren des Landes klar sind, haben wir nur einen Wunsch, den Frieden aufrecht zu erhalten.

„Ich glaube, daß wir die Probleme des Lebens klarer sehen als andere. Wir beurteilen sie ohne Haß und Neid. Wir haben nicht die Möglichkeit, mit fremder Hilfe zu rechnen, und daher werden wir weniger leichtsinnig sein. Wir kennen die Bedingungen unserer Existenz, sowie die Schwierigkeiten unseres Kampfes und wünschen nur, daß man uns in Ruhe unsere großen Aufgaben lösen läßt.

An dieser Stelle wiederholte der Kanzler seine eigenen auf dem Nürnberger Parteitag gesprochenen Worte, daß das deutsche Volk niemandem schaden wolle, aber auch von niemand Unrecht erdulden werde.

*

Während der Führerrede hatten sämtliche an der Feier beteiligten Waffengattungen der Wehrmacht zu beiden Seiten der großen Straße Bückeberg—Bahnhof Tündern Aufstellung genommen. In schnurgerader Reihe standen die Geschütze und Panzerwagen, die Maschinengewehrzüge, Kavallerie und Infanterie: eine feldgraue Mauer, starr in gesammelter Kraft.

Das Horst Wessel- und Deutschland-Lied beschlossen die Feier, die den Teilnehmern ein unvergeßliches Erlebnis bleiben wird.

Danziger Schutzstaffel an der litauischen Grenze?

Wie geschwindelt wird.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Von der Pressestelle des Danziger Senats wird uns unter dem 5. Oktober amtlich mitgeteilt:

In der gestrigen Ausgabe des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" findet sich eine aus Danzig stammende Meldung, die besagt, daß in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober eine Danziger Abteilung der Schutzstaffel auf vier Lastautos zur preußisch-litauischen Grenze abgefahren sei. Dieselbe Notiz erscheint auch in der heutigen Morgenausgabe des offiziellen polnischen Regierungsorgans „Gazeta Polska" sowie in den Ausführungen der französischen Agence Havas. Es muß mit aller Schärfe festgestellt werden, daß diese Notiz, die selbstverständlich jeder Grundlage entbehrt, und die ohne jeden Zweifel aus der Feder desselben, in Danzig für beide polnischen Blätter tätigen Berichterstatters stammt, eine politische Brunnenvergiftung aller übelster Art darstellt. In diesem Zusammenhang muß an die Ausführungen erinnert werden, die der Präsident des Senats in der letzten Volkstagssitzung über ein derartiges journalistisches Verhalten machte.

„Sollten die Berichterstatter für eine derartige politische Brunnenvergiftung in Danzig zu finden sein, so dürfte es meiner Meinung nach keine Belastung, sondern eher eine Festigung des Danzig-polnischen Verhältnisses bedeuten, wenn man derartige Giftschlangen als lästige Ausländer über die Grenze abschiebt."

Der Notiz liegt eine Fahrt Danziger SS-Angehöriger nach Elbing und Marienburg zugrunde aus Anlaß der Anwesenheit des deutschen Führers und Reichskanzlers in Ostpreußen.

Preis der Nationen.

Bei dem Internationalen Warschauer Reitturnier wurde am Sonntag der schwerste Wettbewerb, der Preis der Nationen, ausgetragen. Es mußten 12 Hindernisse in Höhe von 1,20 Metern und in einer Breite von 3,50 Metern genommen werden. Die Mindestgeschwindigkeit mußte 440 Meter in der Minute betragen. Bei dem Wettbewerb belegt mit der kürzester Zeit den ersten Platz der Ungare Adeshalsci, den zweiten der Belgier Baudoin, den dritten und vierten die polnischen Reiter Iwanowski und Grabianowski.

Um 2,30 Uhr nachmittags traf Ministerpräsident Slawek ein und kurze Zeit darauf nahm der Staatspräsident die Parade der Teilnehmer ab. Nacheinander ritten ein: Die Italiener, die Deutschen, die Ungarn, die Letten und die Polen. Nachdem das Orchester die Nationalhymne gespielt hatte, begannen die Wettbewerbe. Von den Mannschaftspreisen belegten den ersten die Italiener mit 12 Punkten, den zweiten die Deutschen mit 16 Punkten, den dritten die Ungarn mit 30¼ Punkten, den vierten die Letten mit 32 Punkten, den fünften die Polen mit 34 Punkten.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur „PAT" mitteilt, hatten die polnischen Reiter viel Pech. Nur Major Lewicki konnte das Rennen ohne Strafpunkte nehmen und hat bei der individuellen Klassifizierung den ersten Preis errungen. Nach Beendigung des Wettbewerbs defilierten die drei besten Mannschaften mit Major Lewicki als dem besten Reiter an der Spitze vor den Tribünen. Ministerpräsident Slawek überreichte sodann die Preise, wobei Major Lewicki den Preis des Staatspräsidenten für die beste Leistung des Tages erhielt.

Wasserstand der Weichsel vom 7. Oktober 1935.

Krakau — 2,78 (— 2,65), Zawichost + 1,12 (+ 1,13), Warschau + 1,04 (+ 1,15), Ploct + 0,84 (+ 0,90); Thorn + 0,86 (+ 0,8.), Fordon + 0,87 (+ 0,82), Culm + 0,70 (+ 0,64), Graudenz + 0,91 (+ 0,84), Kurzebrak + 1,15 (+ 1,10), Piekel + 0,25 (+ 0,17), Dirschau — 0,20 — 0,13), Einlage + 2,54 (+ 2,84), Schiewenhorst + 2,66 (+ 2,54). **(In Klammern die Meldung des Vortages.)**

Gegen die Spaltungsversuche.

In einer Versammlung der Vertrauensleute der Welage für den Kreis Znin wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Wir verurteilen den Versuch des VDB unserer bewährten Berufsorganisation Abbruch zu tun, besonders die unlautere Art und Weise dieses Kampfes. Wir stehen treu zur Welage und werden auf anständige Art und Weise für Erhaltung und Weiterentwicklung der Welage arbeiten."

Die Ortsgruppe Sartschin der „Welage" nahm am 30. 9. folgende Entschließung an:

„Die Ortsgruppe Sartschin der Welage, fast vollzählig versammelt, verbittet sich den Versuch des VDB Uneinigkeit zwischen den Bauern unseres Dorfes zu säen. Bis auf wenige Außenseiter, die stets unzufrieden waren und sein werden, gehören wir der Welage an und werden ihr die Treue bewahren."

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 7. Oktober.

Freundlich und meist trocken.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet freundliches und meist trockenes Wetter bei leicht ansteigenden Temperaturen an. Stellenweise Frühnebel.

Ein Croner Ausbrecher vor dem Schnellrichter.

In der Nacht zum 2. d. M. wurde in die Werkstatt des hier Adlerstraße (Orla) 24 wohnhaften Schuhmachers Franciszek Germoch ein Einbruch verübt. Der Spitzbube hatte die Tür zu der Werkstatt mit Hilfe eines Dietrichs geöffnet und dann zwei Paar Schuhe entwendet. Während er sich das passendste Paar gleich anzog, vergrub er das zweite Paar Schuhe auf der Wißmannshöhe. Noch in der gleichen Nacht verübte er einen zweiten Einbruch. Diesmal galt sein unerbetener Besuch dem Einwohner Franciszek Drożdżyński in derselben Straße Nr. 31. Bevor er hier die Tür gleichfalls mit einem Dietrich öffnete, zog er sich die kurz zuvor gestohlenen Schuhe aus, um beim Eindringen in die Wohnung kein Geräusch zu verursachen. Vom Korridor gelangte er dann in ein Zimmer der Wohnung und stahl zwei Anzüge. Der Wohnungsinhaber erwachte jedoch, schlug Alarm und begann den Einbrecher zu verfolgen, der, um leichter fortzukommen, die beiden Anzüge fortwarf und auf den Socken die Flucht ergriff. Der Spitzbube konnte am nächsten Tage von einem Kriminalbeamten in der Pfarrstraße festgenommen werden. Bei dem Verhafteten handelte es sich um den 22jährigen Croner Ausbrecher Edmund Dominowski von hier.

D. hatte sich jetzt vor dem Schnellrichter des hiesigen Burggerichts zu verantworten und bekannte sich in vollem Umfange zur Schuld. Er wurde für die beiden Einbrüche zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt, die auf 10 Monate Gefängnis zusammengezogen wurden.

Berechtigte Klagen

werden von den Bewohnern der Ortschaften an der nach Laskowitz führenden Strecke laut. Mit der Einführung des neuen Herbstfahrplanes ist auf dieser Strecke ein Zug in Wegfall gekommen, der hier in Bromberg nach 9 Uhr einlief. Jetzt steht den Personen, die nach Bromberg kommen wollen, vormittags nur ein Zug zur Verfügung, der schon kurz nach 7 Uhr in Bromberg einläuft, während der nächste Zug erst nach 3 Uhr nachmittags hier eintrifft. Auf diese Weise ist der Morgenzug restlos überfüllt, zumal er auch von den Schulkindern benutzt wird. Die armen Kinder müssen während der Fahrt oft stehen, was ihrer Aufnahmefähigkeit während des Unterrichts gewiß nicht förderlich ist. Andererseits werden sich jetzt viele Personen, die geschäftliche Angelegenheiten in Bromberg zu erledigen haben und dies in den Nachmittagsstunden nicht schaffen können, noch mehr als bisher den Autobussen zuwenden, oder aus der näheren Umgebung Fahrräder benutzen. So bedeutet die Streichung dieses Zuges eine Schwächung der Eisenbahneinnahmen und für die erwähnten Bevölkerungskreise eine höchst unerfreuliche Veränderung.

Als vereidete Holzschläger im Netzedistrikt.

Vor uns liegt ein Dokument, das das Datum vom 16. März 1790 trägt; es ist also 145 Jahre alt. Es umfaßt zwei Quartbogen und die erste Seite trägt den preußischen Adler und das F Friedrichs des Großen. Es ist ein Dokument, das Zeugnis legt, wie der Alte Fritz seinerzeit an die Urbarmachung des sumpfigen Waldgebietes im Netzedistrikt herangegangen ist.

Es handelt sich bei dem Papier um die Ansetzung der vereideten Holzschläger Johann und Peter Stiem „in dem Brombergschen Revier bei der sogenannten Kobbel-Blotte zu ihrem Etablissement gegen einen jährlichen Zins von zwei Talern 16 gute Gr." Je acht Morgen Magdeburgisches Forstland erhielten die Brüder Stiem erb- und eigentümlich überlassen.

Die Gebrüder Stiem kamen „aus der adelig Goczewer Holländerey". Sie schlossen mit der Königlich Preußischen Kriegs- und Domainen-Cammer-Deputation einen Vertrag, in dem sie sich eidlich verpflichteten, „jegliches Klafter Holz für fünf gute Groschen in Kloben schlagen, auch Teilhung der Länge der Stämme sich lediglich einer Säge bedienen, und des Kerbens sich gänzlich enthalten". Auf den acht Magdeburgischen Morgen Forstland konnten sie schalten und walten.

Die Erbpächter verpflichteten sich, ihre Etablissements ganz aus eigenen Mitteln auszuführen. Jeder mußte ein Wohnhaus nebst einem Stall erbauen, und das Land roden und urbar machen. Zum ersten Aufbau der Gebäude erhielten die Brüder das benötigte Holz und zwar jeglicher „ein und einen halben Sägeblock, achtzehn und ein halb Stück Mittel Bauholz, sieben Stück klein Bauholz, zwölf Stück rundschälig klein Holz aus der Brombergschen Forst frei und ohne Entgelt verabfolgt".

Für die Zinszahlung wurde den neu angesetzten Erbpächtern eine Fristzeit von drei Jahren bewilligt, um sie für die Zeit des Aufbaues vor allzu großen Lasten zu schützen. Nach Errichtung der Gebäude waren die Erbpächter verpflichtet, der Domainen-Feuer-Sozietät beizutreten, den Kirchen- und Schulabgaben zu genügen und bei Wolfsjagden sich zu stellen. (Folglich gab es damals im Netzedistrikt noch Wölfe!)

Was jene seinerzeit angesetzten Holzschläger geschaffen haben, das können wir erkennen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie ehedem der Netzedistrikt ausgesehen hat und welch einen gesegneten Landstrich er heute darstellt.

§ **Auf sein 25jähriges Bestehen** konnte am gestrigen Tage der Verband der Friseurgehilfen zurückblicken. Nach einem gemeinsamen Festzug nach der Pfarrkirche, wo um 10 Uhr ein feierlicher Gottesdienst stattfand, folgte in den früheren Concordia-Sälen ein Festakt. Nach einer Begrüßung des Vorsitzenden Kaczmarek erstattete der Schriftführer den Tätigkeitsbericht und schilderte die Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes. Um 16 Uhr fand ein Frisier-Wettbewerb statt, bei dem außerordentlich wertvolle Leistungen gezeigt wurden. Die Meisterschaft und den ersten Preis errang Zenon Moskwiak aus Posen. Den Abschluß des Festes mit der Preisverteilung bildete ein allgemeiner Tanz.

§ **Im Zeichen des Erntedankfestes,** hatte der Verein junger Kaufleute am gestrigen Sonntag seine Mitglieder nebst Angehörigen zu einer kleinen Feier nach dem Elysium eingeladen. Frau Otti Kolloch sang stimmungsvolle und fröhliche Lieder. Herr Damaschke bereitete durch seine Vorträge viel Humor. Herr Zimmermann spielte wirkungsvoll einige Cello-Soli; allen dankte reicher Beifall. Einen freundlichen Anblick bot die mit Blumen geschmückte Kaffeetafel. Der Vorsitzende, Herr Braun, gedachte in seiner Ansprache des Erntedankfestes und sprach den Wunsch aus, die Mitglieder auch bei den folgenden Veranstaltungen, zahlreich begrüßen zu können. Ein kleines Tänzchen, beschloß die sehr gut verlaufene Feier.

§ **Das Abrudern der hiesigen Rudervereine** fand gestern statt. Es nahmen daran über 50 Boote teil. Der Veranstaltung wohnte Vizestarost Czubiński bei.

§ **Gegen die Gewaltakte der Tschechen** gegenüber Polen richtete sich eine Veranstaltung, die am Sonntag mittag auf dem fr. Friedrichsplatz (Rynek im. Marsz. Piłsudskiego) stattfand. Es hatten sich mehrere hundert Menschen eingefunden. Es sprachen Rechtsanwalt Czodrowski aus Kolmar, der in seiner Ansprache die Leiden und Schikanen schilderte, denen die Polen in der Tschechoslowakei jetzt ausgesetzt seien. Er forderte seine Landsleute in der Tschechoslowakei zum Ausharren auf, bis die Stunde der Befreiung geschlagen habe! Sodann verlas er eine Resolution, die von den Versammelten einstimmig angenommen wurde. In der Resolution werden die tschechischen Gewaltakte gegenüber der polnischen Bevölkerung auf das schärfste verurteilt und die Behörden aufgefordert, ihre ganze Kraft und ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um den Landsleuten ein erträgliches Leben und die wirtschaftliche sowie kulturelle Entwicklung zu sichern. Zum Schluß wurde von den auf dem Markt aufgestellten Musikkapellen „Boże coś Polskę" intoniert, das die Versammelten mitsangen.

§ **Der Viehbestand in Polen.** Auf Grund vorläufiger Berechnungen gibt das Warschauer Hauptamt für Statistik neue Zahlen über den Viehbestand Polens per 30. Juni dieses Jahres bekannt. Der Rindviehbestand zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 9,25 auf 9,70 Millionen Stück. Auf die Zunahme hat in starkem Maße die Steigerung der Kälberzahl um 200 000 Stück oder 15 Prozent bestimmend eingewirkt. Die allgemeine Erhöhung des Rindviehbestandes beläuft sich auf 4,7 Prozent. Demgegenüber ist die Zahl der Schweine zurückgegangen (von 7,39 Millionen auf 6,70 Millionen Stück, d. h. um 5,5 Prozent. Eine Zunahme wiederum weist der Bestand an Schafen, und zwar von 2,55 auf 2,78 Millionen Stück, d. i. um 9 Prozent, auf, sowie der Ziegenbestand, der von 321 000 auf 354 000 Stück, d. i. um 10,5 Prozent, gestiegen ist.

§ **Als ein ungewöhnliches Ereignis** muß das gestern in der Umgebung von Bromberg niedergegangene Gewitter verzeichnet werden. Nach verhältnismäßig hohen Tagestemperaturen setzte gestern abend gegen 7,45 Uhr ein kräftiger Regen ein, der von Blitz und Donner begleitet war.

§ **„Übermut" tut selten gut.** Im Verlaufe einer Familienstreitigkeit schlug ein Tischlergeselle eine Fensterscheibe in seiner Wohnung ein und verletzte sich dabei die Hand so schwer, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte, wo eine Operation vorgenommen wurde.

§ **Zwei Holzdiebe** hatten sich in den Brüdern Antoni und Jan Chojnowski von hier vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Die beiden Angeklagten hatten im April d. J. im Walde in Jägerhof eine größere Menge Holz gestohlen. Für diesen Diebstahl wurden die beiden mit je zwei Monaten Arrest bestraft.

§ **Wieder ein Ausbrecher verhaftet.** Einem hiesigen Kriminalbeamten gelang es, auf einer der Bromberger Straßen einen der im September ausgebrochenen Croner Gefangenen festzunehmen; es handelt sich um Maximiljan Knitter. Er wurde in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert.

§ **Ein Fahrrad gestohlen** wurde dem Landwirt Józef Kaczmarek aus Samostrzel, Kreis Wirsitz. Er hatte das Rad im Flur des Hauses Danzigerstraße 14 unbeaufsichtigt stehen lassen.

§ **Ein Einbruch** wurde durch ein Fenster in das Kolonialwarengeschäft von Bruno Gabryel, Danzigerstraße Nr. 71 verübt. Die Täter stahlen 116 Złoty in bar und eine Herrenuhr. — Ein weiterer Einbruch wurde in die Bodenkammer des Werderstraße (Śląska) 24 wohnhaften Stanisław Erdmann verübt. Es wurde Wäsche im Werte von 250 Złoty gestohlen.

§ **Kohlendiebe** überfielen an einem der letzten Tage gegen 6 Uhr morgens in der Nähe des Bleichfelder Friedhofes einen Güterzug, um Kohle zu entwenden. Das Zugpersonal konnte die Diebe vertreiben.

Unfall mit Todesfolge.

S **Samotschin (Szamocin), 6. Oktober. Ein Unglücksfall, der ein junges Menschenleben vernichtete, ereignete sich gestern nachmittags gegen 3 Uhr. Die Jugendgruppe der Deutschen Vereinigung fuhr auf Fahrrädern zum Begräbnis eines jungen Kameraden nach dem vier Kilometer entfernten Helldorf. Unterwegs begegneten sie einem mit Kartoffeln beladenen Fuhrwerk des Besitzers Rach. Die 24jährige Martha Raiser sah sich nach den folgenden Mitfahrern um und fuhr mit voller Wucht auf die Deichsel des Fuhrwerks. Sie wurde zur Seite geschleudert, wo sie schwer verletzt liegen blieb, während die wild gewordenen Pferde durchgingen. Trotzdem die R. durch das Auto eines Arztes in kurzer Zeit nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht wurde, wo bald darauf eine Operation vorgenommen wurde, ist sie in der Nacht ihren schweren Verletzungen erlegen. Der Vorfall hat allgemeine Teilnahme bei der Bevölkerung**

hervorgerufen, zumal die Verstorbene durch ihren ausgezeichneten Charakter sich allgemeiner Beliebtheit und Wertschätzung erfreute.

V **Argenau** (Gniewkowo), 4. Oktober. Aus bisher unaufgeklärter Ursache brach bei dem Landwirt Friedrich Keller I in Wonorze ein großes Schadenfeuer aus. Es wurden die Scheune mit Erntevorräten, ein Schuppen sowie ein Teil des Speichers vernichtet. Ein großer Teil des Inventars wurde ebenfalls ein Raub der Flammen. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

* **Fordon,** 6. Oktober. Der letzte Wochenmarkt war reich besucht und beschickt. Butter kostete 1,30—1,50, Eier 1,10—1,20, Hühner 0,80—2,00, Enten 1,80—2,00, Kartoffeln 2,00 der Zentner.

c **Güntergost** (Witrogoszcz), 6. Oktober. Ein Schadenfeuer, dem drei Getreideschober zum Opfer fielen, entstand bei dem Besitzer Theodor Fritz in Suchowo. Es liegt Brandstiftung vor. Der Schaden ist nicht gedeckt.

Nachdem der evangelische Lehrer am Ende vorigen Monats abgewandert ist, wird die deutsch-evangelische Klasse bis zur Neubesetzung, über die noch nichts bekannt ist, vom polnischen Lehrer unterrichtet. Wie verlautet, nahmen alle bisherigen Bewerber am Fehlen einer Wohnung für eine verheiratete Kraft Anstoß.

i **Nakel,** 5. Oktober. Der Männergesangverein „Concordia-Liedertafel" Nakel, veranstaltete seine diesjährige Herbstgeneralversammlung, die zahlreich von aktiven und passiven Mitgliedern besucht war. Nach einem gemütlichen Eisbeinessen, hieß der Vorsitzende Carl Isler alle erschienenen Mitglieder herzlich willkommen. Darauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. Nach dem Stand der Mitgliederliste hat sich der Verein seit der Frühjahrs-Generalversammlung um 4 aktive Mitglieder vergrößert. Einstimmig wiedergewählt wurden zum stellvertretenden Vorsitzenden Sangesbruder Georg Fischer, in die Rechnungsprüfungskommission Emil Höpfner, Rudolf Oelmann und A. Manasterny. Zum stellvertretenden Schriftführer wurde Karl Brzezinski einstimmig gewählt. Zum Schluß der Tagesordnung wurde der vom Chormeister Julius Schröter gestiftete Wanderpokal an Sangesbruder Otto Schulz weitergegeben, der als zweiter von den vier fleißigsten Sängern des Vorjahres den Pokal ein viertel Jahr betreuen wird. Darauf blieben die Versammelten noch einige Stunden in angenehmer Unterhaltung beisammen, die durch einige Gesangvorträge und der erstklassigen Streichmusik unter Leitung des Sangesbruders G. Tschinkel ihren harmonischen Abschluß fand.

\+ **Wissek,** 3. Oktober. Die Ortsgruppe Wissek der Deutschen Vereinigung feierte im Schützenhaus ein Erntedankfest, an dem auch die Mitglieder der Nachbarortsgruppen teilnahmen. Mit Leiterwagen und auf Rädern waren die Festteilnehmer herbeigeeilt. Es marschierte die Jugend mit einem Erntekreuz und unter Vorantritt der Wimpel auf. Die Begrüßungsansprache hielt darauf der Vorsitzende der Ortsgruppe Volksgenosse Orland-Staren. Der Redner schilderte dann die Schwierigkeiten, unter denen die Ortsgruppe gegründet wurde, die jetzt aber in ständigem Wachsen begriffen ist. Kreisleiter Volksgenosse Birschel-Erlau sprach sodann über das Erntedankfest, worauf Volksgenosse Mielke-Bromberg über unsere Aufgaben in der Deutschen Vereinigung das Wort ergriff. Er hob dabei besonders den Sozialismus der Tat hervor, der die Auslandsdeutschen untereinander verbinden müsse. Sprechchöre, Gedichte, Lieder und Volkstänze, die nun folgten, fanden allgemeinen Beifall. Im Saal folgte dann ein Laienspiel „Liesel Stein" der Gefolgschaft Netzthal-Friedrichshorst, das ebenfalls reichen Beifall fand. Ein Holländertanz der Gefolgschaft Wirsitz mußte auf allgemeinen Wunsch wiederholt werden. Dann trat der Tanz in seine Rechte, der einen harmonischen Verlauf nahm.

Deutsche Luftschiffe für Amerika.

Mit dem 1. Oktober wurde die Deutsche Luftfahrzeugbau A.-G. Speyer in die offene Handelsgesellschaft Deutsche Luftfahrzeugbau-Gesellschaft Otto Brinkmann & Co. umgewandelt. Zugleich wurde, nachdem die umfangreichen Vorarbeiten soweit abgeschlossen sind, mit dem eigentlichen Luftschiffbau begonnen. Das erste dieser Luftschiffe soll Ende März 1936 soweit sein, daß mit den Werkstättenfahrten begonnen werden kann. Wie der Chefkonstrukteur der Gesellschaft, Ingenieur Basenach, vor einer Betriebsversammlung ausführte, wird das Speyrer Luftschiff nach dem Halbstarren System des seinerzeitigen Militärluftschiffes M 4, das auch von Basenach konstruiert worden war, gebaut. Die Länge wird 110 Meter betragen, die Breite 23 Meter und die Gesamthöhe 20 Meter, den Antrieb besorgen drei, durch Benzinmotore gedrehte Propeller, von denen zwei seitlich und einer am Heck angebracht sind. Das Luftschiff faßt 20 000 Kubikmeter Gas und enthält drei durch Ventilator regulierbare Luftsäcke zur Ausgleichung der Druckunterschiede und Erhaltung der Starre. Bis jetzt sind zehn Luftschiffe von Amerika in Auftrag gegeben. Nach dem Bau des ersten Luftschiffes soll zur Serienherstellung übergegangen werden. Die Luftschiffe sind für Reklamezwecke bei Nacht bestimmt. Ingenieur Gerstler hat dazu besondere elektrische Anlagen erfunden. Auf beiden Seiten des Luftschiffes werden je 51 Buchstaben mit 15 000 Lampen angebracht, so daß ganze Sätze und Spruchbänder durch das Luftschiff ausgestrahlt werden können. Das Luftschiff wird etwa 10 und bei abmontierter Beleuchtungsanlage 65 Fahrgäste aufnehmen können.

Königsberg überreicht dem Führer den Ehrenbürgerbrief.

Der Führer war Freitag mittag nach seiner Triumphfahrt durch Königsberg bei Gauleiter Erich Koch zu Gast, wo ihm im Kreise der engsten Mitarbeiter vom Oberbürgermeister der Stadt Königsberg Dr. Will der Ehrenbürgerbrief der ostpreußischen Provinzialhauptstadt überreicht wurde. Der Führer nahm die Urkunde mit herzlichen Worten des Dankes für diese Ehrung entgegen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: J. V. Marian Hepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund"



Nur die wirkungsvoll ausgeführten Drucksachen werden mit Beachtung gelesen und haben somit erst einen hohen
Werbe-wert!!
Ein Auftrag in unserer Druckerei beweist Ihnen unsere große Leistungsfähigkeit!
A. DITTMANN T. Z O. P. BYDGOSZCZ
MEGER

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 231.

Bromberg, Dienstag, den 8. Oktober 1935.

Pommerellen.

7. Oktober.

Die Landwirtschaft Pommerellens im September.

Nach dem Monatsbericht der Landwirtschaftskammer war der Witterungsverlauf im verflossenen Monat im allgemeinen für die Landwirtschaft ungünstig. Infolge von Trockenheit waren die Pflügearbeiten, wie ebenfalls alle weitere Bestellungstätigkeit erschwert, das Säen des Wintergetreides verspätete sich, und nicht immer konnte die Saat gebührend in den Boden gelangen, was sich auf die Gleichmäßigkeit beim Aufgehen unvorteilhaft bemerkbar machen wird. Ein großer Teil des Bodens, insbesondere der mit Weizen zu besäende, wird deshalb erst im laufenden Monat bestellt werden müssen, sogar auch in den mehr südlichen Teilen Pommerellens.

In der zweiten Septemberhälfte wurde mit dem Graben der früheren bzw. späteren Kartoffelsorten begonnen. Die bisherigen Angaben lassen vermuten, daß die Kartoffelernte nicht ergiebiger als mittel sein wird, in Gegenden mit leichteren und trockneren Böden sogar weniger als mittel, und zwar als Folge der Dürre, die in den Sommermonaten herrschte. Der zu erwartende Ertrag an Kartoffeln dürfte geringer als im verflossenen Jahre sein. Überhaupt muß man in Hackfrüchten ein weniger ergiebigesErnteresultat erwarten. Es betrifft dies sowohl Kartoffeln wie Zuckerrüben, die jedoch einen größeren Zuckergehalt als im Vorjahre aufweisen.

Im September, als dem Saisonmonat, herrschte, wie alljährlich, ein verstärkter Verkehr auf dem Markt für künstlichem Dünger und Saatkorn. Aber weder auf dem einen wie auf dem andern Gebiet war eine wesentliche Zunahme des Bedarfs und Verbrauchs wahrzunehmen.

Auch auf die Entwicklung des Gemüses wirkte die Trockenheit nachteilig ein, und in den Obstgärten verursachte sie ein zeitigeres Reifen der Früchte, das im Durchschnitt zwei Wochen betrug. Die Pflaumenernte stellt sich im allgemeinen gut dar. Der für den Doppelzentner gezahlte Preis schwankte in der Weichselniederung zwischen 25—30 Złoty. Die Apfelbäume ergaben einen mittleren Ertrag, die Preise hielten sich auf der vorjährigen Stufe, d. h. auf 40—60 Złoty für den Doppelzentner.

Sehr erheblich litten unter der Trockenheit die Kohlarten, auch durch Schädlinge. Später Blumenkohl muß gleichfalls als schwach bezeichnet werden, was auch von den Wurzelfrüchten gilt. Zwiebeln sind allerdings dank der Trockenheit sehr gut geraten und versprachen beste Haltbarkeit. Die Gemüsepreise hielten sich im allgemeinen auf der Stufe des Vorjahres, lediglich die Tomaten hatten höhere Preise.

Auf dem Getreidemarkt hielt sich die Preisbesserungsneigung bis zur Hälfte der letzten Septemberdekade, in der die Preise für Roggen 13,37, für Weizen 17,75, für Gerste 15, für Hafer 15,62 Złoty pro 100 Kilogramm erreichte. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres waren die Preise um 25 Prozent beim Roggen, um 5 Prozent beim Weizen, um 20 Prozent bei der Gerste, um 10 Prozent beim Hafer niedriger. Das Getreideangebot war verhältnismäßig nicht groß, was seine Erklärung darin findet, daß die langdauernde Trockenheit erst jetzt den Landwirten den intensiven Beginn der Erntearbeiten gestattete. Außerdem waren die niedrigen Preise kein Anreiz, sich des Getreides zu entledigen. Hervorzuheben ist, daß in diesem Jahre die Landwirte in bedeutend größerem Maße die Vorschuß- und Registerpfandkredite ausgenutzt haben als im vorigen Jahre. Wegen des sich nähernden Zahlungstermins der Entschuldungsrate und der Steuern stieg zu Ende des Berichtsmonats das Angebot an Getreide erheblich an. Infolgedessen begannen die Preise, abgesehen von Hafer, für den das Militär starken Bedarf hatte, zu fallen.

Auf dem Viehmarkte hielten sich im wesentlichen die vormonatigen Preise, nur diejenigen für Schweine, deren Erhöhungstendenz vom Vormonat schon mit Septemberanfang eine Hemmung erfuhr, gingen im Laufe des Berichtsmonats um rund 30 Złoty für 100 Kilogramm Lebendgewicht herunter, und zwar bei allen Sorten. Beim Rindvieh war am Monatsende kein erheblicher Preisunterschied gegen die gleiche Zeit des August zu verzeichnen, bei den Schweinen dagegen betrug die Preisbesserung etwa 30 Prozent.

Wegen der günstigen Konjunktur auf den Auslandsmärkten, besonders in England, stieg der pommerellische Butterexport an, und die Preise gingen in die Höhe. Diese Tendenz zeigt in der letzten Dekade ein Nachlassen, und in den letzten Tagen trat sogar ein Preisfall ein, der, abhängig von der Sorte, 15—20 Groschen pro Kilogramm betrug. Zu Ende des Berichtsmonats notierte man für Butter 1. Sorte im Großhandel 3,18, im Halbgroßhandel 3,30, im Detail 3,40—3,50 Złoty. Die Zufuhr an Eiern war unbedeutend, so daß die Preise im Laufe des Monats etwas anstiegen.

Was die allgemeine Lage der Landwirtschaft anbetrifft, so weist der Bericht zum Schlusse auf die durch die gesetzliche Maßnahme betreffs der landwirtschaftlichen Schulden (Hypotheken = Moratoriumsverlängerung) geschaffene Erleichterung hin. *

Graudenz (Grudziądz)

× **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 23. bis zum 28. September d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung 25 eheliche Geburten, 12 Eheschließungen und 9 Todesfälle, darunter 4 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (3 Knaben, 1 Mädchen). *

× **Nach der Culmerstraße** (Chełmińska) alamiert wurde Freitag abend kurz nach 9 Uhr die Freiwillige Feuerwehr. Bei Ankunft an Ort und Stelle zeigte es sich, daß der dortige Feuermelder von einem Taugenichts ohne Grund in Tätigkeit gesetzt worden war. Leider hat der Täter entwischen können. *

× **Noch ein Freispruch.** Vor dem Burggericht hatte sich Jan Dobrzyński aus Ober-Gruppe (Górna Grupa) zu rechtfertigen, der beschuldigt war, zur Nichtbeteiligung an der Sejmwahl aufgefordert zu haben. Ebenso wie im Falle des vor kurzem der gleichen Tat angeklagt gewesenen und freigesprochenen Redakteurs Czerwiński von hier wurde auch diesmal auf Freispruch erkannt. *

× **Ein schon ein Dutzend mal vorbestrafter Taschendieb** stand jetzt schon wieder vor dem hiesigen Burggericht. Es ist dies der arbeitslose Kellner Tomasz Żukowski. Während des Wochenmarktes in der Marienwerderstraße verstand er es, einer Frau Łucja Kalinowska ihr Geldtäschchen mit etwa 5 Złoty Inhalt zu entwenden. Die Frau bemerkte den Vorgang und wurde der Dieb der Polizei übergeben. In der Verhandlung wagte der Unverbesserliche noch zu leugnen. Da ihn aber die Frau K., wie sie eidlich aussagte, als den Täter erkannte, fällte das Gericht ein auf 8 Monate Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft seit dem 23. August d. J. lautendes Erkenntnis. *

× **Wer ist der Besitzer?** Im 1. Polizeikommissariat, Kirchenstraße (Kościelna) 13, befindet sich ein Kessel zum Kochen von Wäsche, da er, aus einem Diebstahl herrührend, beschlagnahmt worden ist. Der berechtigte Eigentümer kann ihn dort in Empfang nehmen. *

t. **Der Sonnabend-Wochenmarkt** hatte überaus reiche Zufuhr. Verkehr war auch genügend, aber der Kauf der Waren ließ zu wünschen übrig. Die Butter kostete, wie bisher, 1,40—1,60, Eier 1,15—1,20, Weißkäse 0,10—0,40. An lebendem und geschlachtetem Geflügel gab es eine reiche Auswahl. Gänse kosteten 3—5, Enten 1,50—2,80, Puten 3,50 bis 5, Hühner 1,80—2,50, Hühnchen 0,70—2 das Stück, Tauben Paar 0,70—0,90, Wildenten 1,80—2. Der Fischmarkt brachte Wels zu 0,80—1, Karpfen 1,20, Zander 1,30—1,50, Hechte 0,60—1, Aale 0,60—1,30, Schleie 0,80—1, Karauschen 0,60—0,80, Bressen 0,50—0,80, Barsche 0,25—0,60, Plötze 0,20 bis 0,30, Krebse Stück 0,03—0,10. Äpfel erhielt man für 0,15—0,35, Birnen 0,20—0,40. Pflaumen 0,18—0,25, Weintrauben 0,30—0,50, ausländische 1—1,40, Rehfüßchen 0,15 bis 0,20, Reizker 0,30, Steinpilze 0,40, andere Arten 0,10—0,20, Kartoffeln kosteten Ztr. 2—2,50, Pfd. 0,03, Weißkohl 0,03 bis 0,05, Rotkohl 0,05—0,10, Rosenkohl 0,20—0,25, Spinat 0,10, Schnittbohnen 0,10—0,15, Mohrrüben, Wruken je 0,05. Auf dem Blumenmarkt waren Chrysanthemen Topf zu 0,50 bis 0,80, Sträußchen 0,05—0,20. *

Thorn (Toruń)

Wechselfälschungen am laufenden Band.

Die Strafkammer des Bezirksgerichts in Thorn verhandelte kürzlich in der bekannten Wechselfälschungsaffäre der Familie Weissand von hier. Auf der Anklagebank saßen: die Tochter Fajga Grzebmacher sowie deren Eltern Ita und Izrael Weissand. Die Angeklagten haben in den Jahren 1932/34 zirka 90 Wechsel über die Summe von 30 325 Złoty gefälscht und zwar durch Nachahmung der Unterschrift der Hotelbesitzerin Jadwiga Mierzejewska, wohnhaft Seglerstr. (ul. Zeglarska). Außerdem wirft ihnen die Anklageschrift im Zusammenhang mit der Führung der Papierfabrik unrichtige Buchführung und Nichtführung eines Wechselkontos vor! Nach erfolgter Vernehmung der Zeugen, die die Vorwürfe der Anklage bestätigten, schritt das Gericht nach kurzer Beratung zur Verkündung des Urteils. Es lautete gegen Fajga Grzebmacher auf acht Monate Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub, gegen Ita Weissand auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis ohne Strafaufschub, und gegen Izrael Weissand wegen Überredung eines der Zeugen zum Meineid im Zusammenhang mit obiger Wechselfälschungsaffäre auf gleichfalls ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. * *

v **Von der Weichsel.** Der Wasserstand erfuhr in den letzten 24 Stunden eine weitere Zunahme um 3 Zentimeter und betrug Sonnabend früh bei Thorn 0,85 Meter über Null. Die Wasserwärme stieg von 10,6 auf 11,1 Grad Celsius an. Im Weichselhafen traf aus Danzig der Schlepper „Neptun" mit zwei leeren Kähnen und aus Włocławek der Schlepper „Nadzieja" ohne Schleppzug ein. Es liefen aus: Schlepper „Neptun" mit einem Kahn mit Getreide und Schlepper „Wanda„ mit einem leeren und je einem mit Mehl und Getreide beladenen Kahn nach Danzig, sowie Schlepper „Nadzieja" mit zwei leeren Kähnen nach Włocławek. * *

v **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet am kommenden Mittwoch, 9. Oktober, um 18 Uhr statt. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuß tagen bereits am Montag, 7. Oktober, um die gleiche Zeit. * *

v **Über 450 neue Telephonabonnenten in Thorn.** Vor der Automatisierung des Fernsprechnetzes hatte das Thorner Post- und Telegraphenamt nur ca. 800 Telephonabonnenten zu bedienen. Diese Ziffer hätte sicherlich bis zum heutigen Tage mit Rücksicht auf die hohen Kosten für Neuanlagen keinen nennenswerten Zuwachs erfahren, wenn nicht die Postverwaltung dazu übergegangen wäre, in einem von ihr bestimmten Zeitraum die Anlage von Hausapparaten unentgeltlich auszuführen. Auf diese Weise ist es nämlich schon in der ersten Etappe der kostenlosen Anlage von Neuanschlüssen gelungen, die Zahl der Abonnenten auf 1115 heraufzuschrauben. In dem jetzigen begrenzten Zeitabschnitt für kostenlose Neuanlagen, der bis zum 1. September d. J. währte, stieg die Teilnehmerzahl bisher sogar bis auf 1200 an, zu welcher Ziffer 60 noch nicht erledigte, aber bereits in Vorbereitung befindliche Anmeldungen hinzuzurechnen sind. * *

v **Vom Arbeitsfonds.** Im Zusammenhang mit der am 1. Oktober d. J. erfolgten endgültigen Liquidierung des Postscheckkontos Nr. 9600 der fr. Hauptverwaltung des Arbeitsfonds in Warschau gibt das Wojewodschaftsbureau des Arbeitsfonds zur Kenntnis, daß die Gebühren für den Arbeitsfonds, wie auch die Beiträge für die Versicherung der Arbeiter für den Fall der Arbeitslosigkeit ohne Ausnahme auf das Postscheckkonto Nr. 146 350 des Wojewodschaftsbureaus des Arbeitsfonds in Thorn einzuzahlen sind. Zwecks Vermeidung von Irrtümern sind die eventuell noch im Besitz befindlichen Postscheckformulare der fr. Hauptverwaltung des Arbeitsfonds mit der Kontonummer 9600 zu vernichten. Im Falle der Einzahlung der Forderungen des Arbeitsfonds auf ein falsches Postscheckkonto wird das Wojewodschaftsbureau des Arbeitsfonds mit dem neuen Inhaber des Kontos Nr. 9600 keinerlei Verrechnungen vornehmen, sondern rücksichtslos die Einziehung der Beiträge von dem betr. Unternehmen — evtl. durch Zwangsmaßnahmen — betreiben. **

v **Straßensperrung.** Die Stadtverwaltung hat den mittleren Teil der Bergstraße (ul. Podgórna) wegen der dort in Angriff genommenen Pflasterarbeiten bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr sperren müssen. **

‡ **Unglücksfall.** Freitag abend gegen 7 Uhr stürzte der im Hause Mellienstraße (ul. Mickiewicza) 107 wohnhafte Kazimierz Borecki im Treppenhause zwei Stockwerk tief ab. Er zog sich dabei einen linksseitigen Beinbruch zu und wurde besinnungslos in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

‡ **Die Diebstähle auf dem altstädtischen evangelischen Friedhofe** reißen trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit nicht ab. Wenn jetzt nicht mehr Pflanzen soviel „begehrt" sind wie während der Sommermonate, so werden nun Türen der Umfriedungen, Reliefs usw. gestohlen, ohne daß es leider gelingt, die Täter auf frischer Tat zu ertappen. Wie uns mitgeteilt wird, sind neuerdings auch Bänke von verschlossenen Erbbegräbnissen entwendet worden. Harte Strafen für solche Diebe, denen nicht einmal die letzte Ruhestätte der Toten heilig ist, müßten im Falle der Ergreifung zur Anwendung kommen, um von der Beraubung von Grabstätten ein für allemal abzuschrecken. * *

v **Eine Reihe verwegener Einbrüche** wurde im Laufe der letzten Woche in unserer Stadt verübt. In der Nacht zum Donnerstag drangen bisher unermittelte Täter in der Hallerkaserne in die Räume der Genossenschaft der Unteroffiziere des 63. Infanterie-Regiments ein und entwendeten dort Lebensmittel im Werte von 700—900 Złoty. Der zweite Einbruch wurde Donnerstag früh gegen 7 Uhr im Hause Neustädtischer Markt (Rynek Nowomiejski) 42 verübt, wo aus der Wohnung der Mieterin Stanisława Pyrzewska eine Uhr, ein Paar Ohrringe und ein Trauring gestohlen wurden. Zur Mittagszeit des gleichen Tages drangen Einbrecher mittels Nachschlüssels im Hause Mellienstraße (ul. Mickiewicza) 112 in die Wohnung des Kommandeurs des hiesigen Fliegerregiments Oberst Gilewicz ein und durchsuchten die Wohnung nach mitnehmenswerten Sachen. Sie eigneten sich schließlich Kleidungsstücke, Schmucksachen, einen Revolver und Staatsanleihe-Obligationen im Gesamtwerte von ca. 4000 Złoty an und brachten ihre Beute ungesehen in Sicherheit. Dem bisherigen Untersuchungsergebnis nach wurden sämtliche obige Diebstähle von ein und denselben Tätern verübt. Allem Anschein nach handelt es sich um eine auswärtige Diebesbande, die ihre „Tüchtigkeit" auch einmal in der Wojewodschaftshauptstadt unter Beweis stellen wollte. — In den frühen Morgenstunden des Donnerstag verhaftete die hiesige Polizei drei Angestellte eines größeren Handelsunternehmens in Thorn. Die Verhafteten haben längere Zeit hindurch systematisch Diebstähle zum Schaden des Firmeninhabers verübt. Der Wert der gestohlenen Sachen wird mit 700 Złoty angegeben. Mit Rücksicht auf den weiteren Verlauf der eingeleiteten Untersuchungen können die näheren Einzelheiten dieser sensationellen Affäre erst später bekanntgegeben werden. **

v **Unterirdisches Kabel in der Parkstraße.** Bekanntlich ist das städtische Elektrizitätswerk schon seit längerer Zeit dazu übergegangen, die oberirdischen Leitungsnetze durch Erdkabel zu ersetzen. Mit diesen Arbeiten ist jetzt die Parkstraße (ul. Konopnickiej) an die Reihe gekommen. **

* **Wer ist der Eigentümer?** Einem der kürzlich verhafteten Diebe konnte die Thorner Polizei Schlüssel und Fahrradwerkzeuge abnehmen, die vor etwa 10 Tagen auf der Bromberger Vorstadt gestohlen wurden. Der rechtmäßige Eigentümer dieser Gegenstände kann sich zur Empfangnahme derselben bei der Kriminalpolizei in der Wallstraße (ul. Wały) melden. * *

‡ **Wegen tätlicher Beleidigung,** unter Diebstahlsverdacht und zwecks Feststellung der Identität wurden eine bezw. je drei Personen in Polizeiarrest genommen. Von drei wegen Trunkenheit Eingelieferten wurden zwei nach erfolgter Ausnüchterung der Burgstarostei zur Bestrafung übergeben. — Am gleichen Tage wurden sechs kleine Diebstähle angemeldet und einer davon schnell aufgeklärt, sodann drei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und ein Hausfriedensbruch zu Protokoll genommen. * *

Br **Neustadt** (Wejherowo), 6. Oktober. Am Sonntag fand zum Besten der Stadtarmen in den Räumen des im Stadtwalde gelegenen Schützenhauses ein Basar statt. Schon am Nachmittag hatte sich zum Kaffee eine große Menschenmenge eingefunden. Am Abend war der Besuch erfreulicherweise so stark, daß fast kein Plätzchen mehr zu erhalten war. Den dargebotenen Speisen und Getränken wurde reichlich zugesprochen, so daß das Komitee mit den Einnahmen sehr zufrieden sein dürfte.

Am Sonnabend fand in Neustadt ein Propagandamarsch für die Schulwoche durch die Straßen der Stadt statt.

p **Neustadt** (Wejherowo), 5. Oktober. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Eier 1,30—1,40, Butter 1,60—1,70, Gänse 5,00—7,00, Hühnchen 0,80—1,20, Enten 2,00—2,50 das Stück, Kartoffeln 2,00. Auf dem Schweinemarkt kaufte man Ferkel je nach Alter und Güte für 10—18 Złoty das Stück.

In der gestrigen Nacht wurden in dem Lebensmittelgeschäft in Grabau bei Kielau vier Obligationen der Staatsanleihe zu 100 Złoty und eine Obligation zu 50 Złoty gestohlen. Die Papiere sind auf den Namen Stanisław Witkowski ausgestellt. Die Polizei warnt vor Ankauf dieser Scheine.

g **Stargard** (Starogard), 6. Oktober. Sein goldenes Berufsjubiläum konnte am 1. Oktober der Buchbinder Adolf Zenk aus Stargard begehen.

Diebe drangen in den Geräteschuppen des Gutes Rathsdorf (Besitzer Grams) ein und stahlen ein Paar fast neue Pferdegeschirre.

Reichskirchenausschuß der Deutschen Evangelischen Kirche.

DNB meldet aus Berlin:

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten Kerrl hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24. September (RGB I Seite 1178) wird hiermit verordnet:

§ 1.

1. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten bildet aus Männern der Kirche einen Reichskirchenausschuß.

2. Der Reichskirchenausschuß leitet und vertritt die Deutsche Evangelische Kirche und erläßt Verordnungen in den innerkirchlichen Angelegenheiten. Er bestimmt insbesondere die Grundsätze für die Arbeit der Dienststellen der Deutschen Evangelischen Kirche und gibt sich eine Geschäftsordnung.

3. Die Ernennung und Entlassung der Beamten der Deutschen Evangelischen Kirche erfolgt durch den Reichskirchenausschuß im Einvernehmen mit dem Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten.

4. Für die Beziehungen der Deutschen Evangelischen Kirche zu ihren außerdeutschen Teilen und zu den Kirchen des Auslandes bleibt das Kirchliche Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche zuständig.

§ 2.

1. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten bildet für die Evangelische Kirche der Altpreußischen Union aus Männern der Kirche einen Landeskirchenausschuß und Provinzkirchenausschüsse.

2. Auf den **Landeskirchenausschuß** findet § 1 Absatz 2 und 3 entsprechende Anwendung.

3. Der **Provinzialkirchenausschuß** verwaltet den Provinzial-Synodal-Verband und wirkt an Stelle des Provinzialkirchenrates bei der Verwaltung der Kirchenprovinz mit.

4. Die Befugnisse der Finanzabteilung beim Evangelischen Oberkirchenrat und den Konsistorien bleiben unberührt.

§ 3.

Die Mitglieder der gemäß § 1 und 2 gebildeten Ausschüsse sind ehrenamtlich tätig.

§ 4.

1. Bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei wird eine Finanzabteilung gebildet. Die Bestimmungen des preußischen Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den Evangelischen Landeskirchen vom 11. März 1935 (Preußische Gesetzsammlung Seite 39) und die Durchführungsverordnung vom 11. April 1935 (Preußische Gesetzsammlung, Seite 57) finden entsprechende Anwendung.

2. Die Finanzabteilung bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei vertritt die Deutsche Evangelische Kirche unbeschadet der Rechte des Reichskirchenausschusses in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

§ 5.

Die Verordnungen des Reichskirchenausschusses und des Landeskirchenausschusses werden im Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche verkündet.

§ 6.

Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Sie gilt längstens bis 30. September 1937. Entgegenstehende Bestimmungen treten für die Dauer der Geltung dieser Anordnung außer Kraft.

Berlin, 3. Oktober 1935.

Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten.
gez. Kerrl.

Stimmfälscher in Memel.

Aus Memel wird berichtet:

Bei der Prüfung der Wahlumschläge ereignete sich am Donnerstag nachmittag ein Zwischenfall, der in Memel allergrößtes Aufsehen hervorgerufen hat. Es wurde am Donnerstag nachmittag im Interesse der endgültigen Klärung des Vorfalls zunächst Stillschweigen darüber gewahrt. Zur Zählung und Nachprüfung der Stimmzettel sind von litauischer Seite bekanntlich 50 Studenten der litauischen Handels-Hochschule in Memel herangezogen worden, obgleich sich die Studentenschaft unter der Memeler Bevölkerung wegen mancherlei Krawallen schon mißliebig genug gemacht hat.

Von drei bis 4 Zuschauern auf der Galerie wurde nun beobachtet, wie einer der Zähler, der aus Südlitauen, Kreis Seimy, stammende 23jährige Student der Memeler Handels-Hochschule Prapiestis, Stimmzettel der deutschen Einheitsliste 1 in ein schubladenähnliches Fach an seinem Platz im Tisch verschwinden ließ. Da dieser Zähler als erster am Ende eines der Zähltische saß, konnten die Zuschauer dies deutlich beobachten. Er ließ dabei die Zettel so geschickt verschwinden, daß sein Gegenüber, ein die Kontrolle ausübender Vertreter der Einheitsliste, nichts wahrnahm. Der Vorfall wurde sofort dem Mitglied der Einheitsliste in der Wahlkreiskommission Bethke gemeldet, der den Studenten augenblicklich aufforderte, vom Zählgeschäft zurückzutreten. Der Student weigerte sich zunächst mit dem Hinweis, daß ein derartiger Befehl ihm nur vom Vorsitzenden der Wahlkreiskommission erteilt werden könnte. Als dann der Vorsitzende herbeigerufen wurde, wurde das Schubfach untersucht, und man fand darin 54 Stimmzettel 1, sämtlich von Kandidaten der Einheitsliste und außerdem zwei Stimmzettel litauischer Kandidaten, die der Student wohl in der Eile des Verschwindenlassens versehentlich mit den anderen Zetteln mit in das Schubfach geworfen hatte. Der Student leugnete zunächst alles. Er wurde indessen von der Polizei verhaftet und der Kriminalpolizei übergeben. Am Freitag vormittag hat er ein Geständnis abgelegt. Er erklärte dabei, aus eigenem Antrieb gehandelt zu haben.

Der Wahlausschuß der Einheitsliste hat wegen dieses Vorfalls entschiedenen Protest bei der Wahlkreiskommission eingelegt. Das Zählen wurde am Freitag morgen fortgesetzt. Beim Beginn des Zählens wurden alle Schubladen untersucht.

Gegensätze innerhalb der polnischen Volksgruppe in Danzig.

Die Dako-Korrespondenz berichtet aus Danzig:

Bei der letzten Volkstagswahl am 7. April d. J. hat die polnische Volksgruppe in Danzig, die an sich nur eine verschwindende Minderheit von noch nicht 3 Prozent der Bevölkerung darstellt, versucht, die Gegensätze im eigenen Lager durch Aufstellung einer Kompromißliste zu unterdrücken, auf der sowohl ein Vertreter des Polenverbandes wie ein Vertreter des polnischen Berufsverbandes an erster Stelle standen. Man hoffte damals, daß damit der alte Kampf zwischen Gmina Polska und Polnischem Berufsverband einerseits und dem neugeschaffenen Polenverband andererseits endgültig begraben sein würde.

Jetzt zeigt es sich, daß die Gegensätze inzwischen nicht geringer, sondern eher noch heftiger geworden sind. Die Anhänger des dem polnischen Regierungsblock nahestehenden Polenverbandes und der nationaldemokratisch orientierten Gmina Polska bekämpfen sich nach wie vor, wobei der Kampf in erster Linie auf polnischem Boden, nämlich in Thorn zwischen den beiden dort erscheinenden Zeitungen „Gazeta Gdańska" und „Slowo Pomorskie" ausgetragen wird, jedenfalls soweit etwas darüber in die Öffentlichkeit dringt.

Noch viel erbitterter aber wird der Kampf im Innern geführt. Zwischen den beiden Abgeordneten Budzynski vom Polenverband und Lendzion vom Polnischen Berufsverband gibt es nahezu gar keine Zusammenarbeit. Im Volkstag stimmen beide häufig verschieden, und auch außerhalb des Parlaments bekämpfen sich der von Lendzion geführte Polnische Berufsverband und die vom Polenverband unterstützte sogenannte Polnische Arbeitsfront bis aufs Messer.

Bemerkenswert ist, daß in diesem Kampf jetzt wieder, wie das schon einmal der Fall war, die polnische diplomatische Vertretung in Danzig hineingezogen wird. In seinem Verbandsorgan greift Lendzion die polnische diplomatische Vertretung scharf an und wirft ihr vor, daß sie das Polentum in Danzig zerschlage. Insbesondere hätten sich der Beamte der polnischen diplomatischen Vertretung Rogoyski und der zum Zweck der Organisierung der Polnischen Arbeitsfront beurlaubte Angestellte der Polnischen Staatsbahnverwaltung Ruszkowski die Zerschlagung des Polnischen Berufsverbandes, der seit 30 Jahren besteht, zur Aufgabe gemacht. In dem Blatt wird behauptet, daß bei Anstellungen und Aufträgen einseitig die Angehörigen der Polnischen Arbeitsfront bevorzugt würden.

Parallel mit diesen Angriffen läuft ein Angriff der Gmina Polska gegen den Danziger Schriftleiter der „Gazeta Gdańska", dem vorgeworfen wird, daß er von Danziger Verhältnissen nichts verstehe, da er erst kürzlich aus Przemysl herbeigeholt worden sei, und dessen Tätigkeit geradezu als „antipolnisch" bezeichnet wird.

Diese konzentrischen Angriffe sind wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die „Gazeta Gdańska" von sich aus kürzlich eine Serie von Artikeln veröffentlichte, in der den Kreisen um die Gmina Polska, d. h. also den polnischen Nationaldemokraten in Danzig, allerhand unsaubere Machenschaften vorgeworfen wurden.

Zwei Opfer dieses Kampfes sind anscheinend bereits gefallen: Auf der nationaldemokratischen Seite der Senior der Danziger „Polonia" und Ehrenvorsitzende der Gmina Polska Józef Czyżewski, der das Amt eines Vizepatrons der polnischen Volksvereine niedergelegt hat, nachdem in der „Gazeta Gdańska" scharfe Angriffe gegen ihn gerichtet waren, und auf Seiten des Polenverbandes der erste Vorsitzende dieser neuen Organisation und Begründer des Verbandes, Zollinspektor Muszkiet-Królikowski, der ohne nähere Angabe von Gründen um Enthebung von seinem Posten ersucht hat und Danzig verläßt

Wie weit Danziger Stellen sogar in diesen Streit hineingezogen werden können, das geht daraus hervor, daß bei den Auseinandersetzungen über die Volksvereine sogar die Danziger Polizei von der einen Partei mobil gemacht worden ist. Erschwerend kommt dabei noch hinzu, daß von den beiden Organisationen Polenverband und Gmina Polski die eine, nämlich der Polenverband, durchaus nicht nur Danziger Staatsangehörige polnischer Nationalität umfaßt, sondern daß ihm sämtliche in Danzig lebenden Polen angehören können. Die Gmina Polska hat ihm vorgeworfen, daß er sogar Juden in seinen Reihen habe. —

Wir Deutsche in Polen wollen über diese inneren Kämpfe der polnischen Volksgruppe in Danzig weder richten noch klagen oder triumphieren. Wir stellen nur fest, daß die Menschen sich immer wieder sehr ähnlich sind, mögen sie nun in Polen deutsch oder in Danzig polnisch sprechen!

Der Bund der Polen in Deutschland.

Der Pole im Reich dient ausschließlich dem Polentum.

Die volksdeutsche Zeitschrift **„Deutsche Arbeit"** veröffentlicht in ihrem Oktoberheft einen aufschlußreichen Aufsatz über die Tätigkeit des „Polenbundes" im Deutschen Reich. Diese seit 1922 bestehende Organisation der polnischen Minderheit in Deutschland verfolgt den Zweck, das hier lebende Auslands-Polentum kulturell zu stützen und diese Stützung finanziell zu unterbauen. Der kulturellen Arbeit dienen polnische Zeitungen und Zeitschriften, Schulen, Frauenvereine mit Kinderheimen, Hausarbeits- und Haushaltskurse, Lesehallen, Theatervorstellungen, Sportvereine und „Sokols". Um die Verbindung zwischen dem Polentum in Deutschland und dem polnischen Mutterlande wach zu erhalten, werden Ausflüge nach Polen — auch für polnische Schulkinder — veranstaltet.

Der Aufsatz zitiert aus der polnischen Presse in Deutschland die anerkennenswert vorbildliche Feststellung, daß es unter dem Polentum in Deutschland

keine Parteiunterschiede

gebe und daß sich der Pole in Deutschland von dem Grundsatz leiten lasse, daß er ausschließlich dem Polentum zu dienen habe. Es wird aber auch weiter zitiert, welche besonderen Rechte die polnische Minderheit in Deutschland genießt. Dazu gehört unter anderem das Recht, Versammlungen in polnischer Sprache abzuhalten, und zwar ohne Anmeldung; die polnischen Organisationen von den deutschen zu sondern; die Mitglieder-Listen weder der Polizei noch der Partei vorzulegen; die polnischen Kinder in polnische Schulen oder polnische Kurse zu schicken (die auch in den Räumen deutscher Schulen abgehalten werden können). Die zitierte polnische Quelle erklärt ferner, daß die Angehörigen der polnischen Minderheit weder der Arbeitsfront noch der NSKOV anzugehören brauchen.

Auch die spezielle landwirtschaftliche Ausbildung wird in den preußischen Provinzen in besonderen polnischen Lehrgängen oder durch

Erleichterung des Besuchs landwirtschaftlicher Schulen in Polen

mit einem starken nationalpolnischen Einschlag versehen. Heute gibt es über dreißig polnische Genossenschaften in Deutschland, darunter zwanzig Banken; siebzehn Genossenschaften sitzen allein in Deutsch-Oberschlesien, sechs in der Grenzmark. „Die polnischen Wirtschaftsinteressen in Deutschland werden zusammengefaßt durch die Slawische Bank in Berlin."

Hierzu gesellt sich die Sorge für den

Aufbau höherer Schulen,

namentlich in Deutsch-Oberschlesien, und die Betreuung der polnischen Studierenden deutscher Reichsangehörigkeit an den Universitäten Berlin, Breslau und Königsberg durch den Polenbund (in eigenen Studentenheimen). Schließlich darf die Einwirkung des polnischen Rundfunks im Sinne einer ständigen lebendigen Verbindung zwischen dem Staate Polen und dem Auslandspolentum nicht vergessen werden. Anläßlich der im nächsten Jahre stattfindenden Olympiade soll hier ein großes polnisches Sokolfest veranstaltet werden.

Briefkasten der Redaktion.

Margarete. Wenn es sich bei den 3000 Złoty um eine Hypothek handelt, die vor dem 1. Juli 1932 entstanden ist, so könnten Sie den Kapitalbetrag nicht vor dem 1. Oktober 1938 zurückfordern. Handelt es sich aber um eine Schuld, die nicht hypothekarisch gesichert ist, so steht es Ihnen jederzeit frei, sie einzuklagen. Sie können auch nach Art. 254 f g des neuen polnischen Gesetzbuches der Schuldverhältnisse (die mit dem § 387 f g B. G. B. ziemlich übereinstimmen) Ihre Mietsschuld an den Hauswirt auf Ihre Forderung an den letzteren verrechnen. Der genannte Art. 254 besagt: „§ 1 Der Schuldner (das sind Sie) hat das Recht, von seiner Schuld das abzuziehen, was der Gläubiger (das ist der Hauswirt) wenn auch aus einem anderen Rechtsverhältnis ihm schuldig ist, wenn der Gegenstand beider Schulden Geldbeträge oder vertretbare Sachen derselben Art und Güte sind und beide Forderungen fällig und einklagbar sind. § 2. Wenn der Schuldner dem Gläubiger erklärt, daß er von dem Rechte der Aufrechnung Gebrauch macht, so werden beide Forderungen als gegenseitig im Ganzen oder zum Teil mit dem Augenblick als getilgt angesehen, in dem die Aufrechnung möglich wurde." Also Sie brauchen dem Hauswirt nur mitzuteilen, daß Sie von Ihrem Recht der Aufrechnung Gebrauch machen, und die Sache ist erledigt, d. h. Sie haben die schuldige Miete dadurch bezahlt, daß Sie den Mietsbetrag von Ihrer Forderung an den Wirt in Abzug bringen. Dieses Verfahren ist vielleicht praktischer als die Klage, bei der Sie die Gerichtskosten und die Kosten des Rechtsanwalts im voraus bezahlen müßten.

M. H. 10. Die Kündigungsfristen für eine Wohnung hängen in erster Linie von der vertraglichen Abmachung ab. Ist im Mietsvertrage über die Kündigung nichts vereinbart, so gelten die gesetzlichen Fristen, wie sie in dem polnischen Gesetzbuch der Schuldverhältnisse umschrieben sind. Diese neuen Bestimmungen weichen von denen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), das noch bis vor kurzem bei uns galt, in verschiedenen Punkten ab. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen lauten: Wenn der Mietszins in Raten von länger als einem Monat zahlbar ist, so kann die Miete spätestens drei Monate vorher für den Schluß eines Kalendervierteljahrs gekündigt werden; ist der Mietszins monatlich zahlbar, — einen Monat vorher für den Schluß des Kalendermonats; wenn der Mietszins in kürzeren Zeitabschnitten zu zahlen ist — drei Tage vorher, und wenn die Miete täglich zahlbar ist — einen Tag vorher. Wichtig ist, daß in den erstgenannten Fällen das volle Kalendervierteljahr resp. der volle Kalendermonat innegehalten wird. Man kann also z. B. nicht am 1. Januar, zum 31. März oder am 1. Januar zum Schluß des Monats kündigen, sondern dies muß spätestens an den Tagen vorher geschehen. Während der Geltungsdauer des BGB konnte bei der Bemessung der Miete nach Monaten die Kündigung spätestens am 15. des Monats zum Schluß desselben Monats erfolgen; diese fünfzehntägige Frist ist jetzt durch den vollen Monat ersetzt.

L. M. in Gr. Die Badeeinrichtung, die Sie in Ihrer Wohnung eingerichtet haben, muß Ihnen bei Ihrem Auszug aus der Wohnung der Vermieter entweder ersetzen, oder aber Sie können sie wegnehmen. Der Vermieter hat die Wahl, ob er das eine oder das andere will. Das gleiche gilt wohl auch von den Jalousien. Die Frage war im BGB kurz dahin geregelt, daß „der Mieter berechtigt ist, eine Einrichtung, mit der er die Sache (d. h. die Wohnung) versehen hat, wegzunehmen". Im polnischen Gesetzbuch der Schuldverhältnisse ist diese Frage wie folgt umschrieben: „Wenn der Mieter die Sache (sc. die Wohnung) verbessert hat, so hat der Vermieter mangels einer abweichenden Vereinbarung das Recht, die Verbesserungen gegen Zahlung des ihrem Werte im Zeitpunkt der Rückgabe entsprechenden Betrages zu behalten oder zu fordern, daß der Mieter sie beseitigt." 6 Monate nach dem Auszuge ist der Mieter nicht mehr berechtigt, eine Entschädigung für angebrachte Verbesserungen an der Wohnung zu fordern. Streitigkeiten in diesen Fragen hat es trotz des klaren Wortlauts der früheren Bestimmung immer gegeben, und sie werden auch in Zukunft schwerlich nicht verschwinden.

Z. K. in G. Über die Wirkung des Todes des Mieters ist in dem polnischen Gesetzbuch der Schuldverhältnisse allgemein nur gesagt, daß weder durch den Tod des Mieters noch des Vermieters das Mietsverhältnis aufgelöst wird, und daß nach dem Tode des Mieters seine Verwandten, die mit ihm zusammen in der Wohnung bis zu seinem Tode gewohnt haben, in den Mietsvertrag eintreten, den sie aber unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen können. Der Fall, daß mit dem verstorbenen Mieter kein Verwandter zusammengewohnt hat, ist in dem Gesetz nicht erwähnt, jedoch ist aus der allgemeinen Bestimmung, daß der Tod den Vertrag nicht auflöst, ohne weiteres zu folgern, daß die Lösung des Mietsverhältnisses, die in solchem Falle gegeben ist, den Erben des Verstorbenen obliegt. Im BGB ist dies präzis ausgedrückt in dem § 569 BGB, der bestimmt: „Stirbt der Mieter, so ist sowohl der Erbe als der Vermieter berechtigt, das Mietsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen."

S. E. 100. Die Forderung des Gläubigers auf Eintragung einer Sicherungshypothek ist unberechtigt, und Sie sind zu nichts verpflichtet.

Wer verhalf Abessinien in den Völkerbund?

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Denken wir zurück an das Jahr 1923. Im Herbst des Jahres tagte der Völkerbund. Es lag ein Antrag Abessiniens zwecks Aufnahme vor. Solch ein Antrag mußte erst einer Prüfungskommission, die seinerzeit unter dem letten Meierowitsch tagte, zwecks Begutachtung vorgelegt werden. In dieser Kommission waren auch England, Frankreich und Italien vertreten.

Nach allem Drum und Dran war die Stimmung für Abessinien absolut nicht als gut zu bezeichnen. Man führte dieses und jenes an, um Abessinien als recht unsicheren Kandidaten hinzustellen. Um nun sicher zu gehen, legte man Abessien eine dreifache Erklärung vor:

1. Es sei bereit, den in St. Germain am 10. September 1919 abgeschlossenen Vertrag über den Sklavenhandel zu erfüllen.
2. Es trete dem am gleichen Tage in St. Germain abgeschlossenen Vertrag über das Verbot der Waffeneinfuhr nach Afrika bei.
3. Es sei bereit, dem Rat alle nötigen Informationen zu geben, und alle Empfehlungen in Erwägung zu ziehen, die er zur Durchführung obiger Verpflichtungen machen werde.

Eine Sitzung folgte der anderen. Als überhaupt keine Aussicht mehr auf irgendeine Einigung war, erklärte die Schweiz, die Aufnahme Abessiniens auf das nächste Jahr zu vertagen. England beantragte eine längere Nachprüfung. So sah es für Abessinien sehr böse aus, daß eventuell noch eine Ablehnung des Antrages daraus entspringen könnte. Der seinerzeitige Vertreter Italiens war Graf Bonin-Longare. Er bat, die Sitzung abzubrechen, da er zu seinem Bericht noch einige Ergänzungen zu machen hätte. Die Situation für Abessinien war gerettet. Dieses war am 19. September 1923.

Nun begann ein Hetzen und Jagen. Verhandlungen über Verhandlungen zwischen Rom, Paris, London und Genf. Als diese den Höhepunkt von 30 Stunden erreicht hatten, trat der Sechste Ausschuß am 20. September wieder zusammen. In einer längeren Rede erklärte nun der Vertreter Italiens, Graf Bonin-Longare:

Der Antrag Abessiniens auf Aufnahme stellt eine dem Völkerbund erwiesene Huldigung dar. Sie ist um so wertvoller, als sie von einer Nation stammt, die bisher am Rande der großen Internationalen Strömungen gelebt hat, die aber Dank der bewundernswerten Festigkeit, mit der sie ihre Religion und ihren nationalen Charakter bewahrt hat, Anspruch auf ritterliche Achtung erworben hat, einen Anspruch, dem hier Gerechtigkeit werden muß. Die Aufklärung der Prüfungskommission habe ergeben, daß der Sklavenhandel in Abessinien bei Todesstrafe untersagt sei. Die Sklaverei selbst sei zu einer Dienstpflicht abgemildert. Die einzugehenden Verpflichtungen wird Abessinien zweifelsohne mit der Loyalität innezuhalten wissen, die in erster Linie darin besteht, die eigene Fähigkeit zu ermessen, sie innezuhalten. Es wird die Hilfe des Völkerbundes im Kampf gegen den Sklavenhandel zu schätzen wissen und im Zentrum Afrikas als Mitglied der Liga der Nationen ein aktiver und erfolgreicher Vorkämpfer des Friedens werden."

Die darauffolgende entscheidende Sitzung war am 28. September 1923. Sämtliche anwesenden Ratsmitglieder, 45 an der Zahl, erklärten sich für die Aufnahme Abessiniens. Niemand enthielt sich der Stimme oder äußerte Bedenken. So verdankt Abessinien dem warmen Fürsprecher Italien seine Aufnahme in den Völkerbund.

Und heute? Es ändern sich die Menschen und die Zeiten . . .

Kriegsgreuel als Lügenmittel.

Italien entlarvt die deutsch-feindliche Hetzpropaganda von 1914.

In seinem „Abgeschnittene Hände" überschriebenen Leitartikel verwahrt sich der **„Messaggero"** mit aller Entschiedenheit gegen die Greuelmärchen, die jetzt bereits gegen Italien durch die antiitalienische und antifaszistische Presse in Umlauf gesetzt werden und die typisch englischer Prägung seien. In diesem Zusammenhang erinnert das Blatt an die Greuelmärchen bei Weltkriegsbeginn, besonders an die abgeschnittenen Hände belgischer Kinder und nimmt hierbei die Kriegsgreuelpropaganda, der sich auch Italien anschloß, in aller Form zurück, wenn es schreibt:

Wir kennen jetzt diese Lügenmittel, die vor 20 Jahren die ganze Welt, Italien nicht ausgeschlossen, zu täuschen suchten, die sich heute aber als das offenbart haben, was sie wirklich sind, nämlich als unwürdige Anschläge gegen die Wahrhaftigkeit. Vor 20 Jahren sprach man von den abgeschlagenen Händen der belgischen Kinder, die barbarisch von Deutschen verstümmelt wurden. Heute spricht man von Frauen und Kindern, die von Italienern getötet wurden. Niemand vor und nach dem Kriege hat jedoch ein einziges Opfer dieser Barbareien gefunden, um derentwegen die Gefühle der ganzen Welt mobilisiert wurden.

Heute versucht man das gleiche Spiel mit Italien beim ersten Anzeichen der Feindseligkeiten zu treiben. Es ist jedoch nicht glaubhaft, daß die Weltmeinung noch einmal auf diese Täuschungen hineinfällt. Das Blatt verwahrt sich besonders gegen die Meldung, daß ein abessinisches Rotkreuz-Lazarett in Adua von italienischen Flugzeugen bombardiert worden sei und verweist darauf, daß es in ganz Abessinien überhaupt keine derartigen Hospitäler gebe.

Henry de Jouvenel †.

Paris, 5. Oktober. (Eigene Meldung.) Der frühere französische Botschafter Henry de Jouvenel in Rom ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend an einer Gehirnblutung im Alter von 59 Jahren gestorben.

Gegen Mitternacht sahen Polizeibeamte, wie ein Unbekannter in den Champs Elysees von einem Unwohlsein befallen wurde. Sie bemühten sich um ihn und begleiteten ihn in einer Kraftdroschke ins nächste Krankenhaus, wo der diensthabende Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Bei der Durchsicht der Ausweise entdeckte man, daß der Tote Henry de Jouvenel heiße.

Henry de Jouvenel war früher Hauptschriftleiter beim „Matin" und wurde 1921 zum Senator gewählt. Von 1922 bis 1927 war er französischer Völkerbundvertreter und im November 1925 wurde er zum Oberkommissar in Syrien, im Januar 1933 zum französischen Botschafter in Rom ernannt. Er wurde im zweiten Kabinett Daladier im Februar 1934 Kolonialminister. Als Botschafter in Rom führte er für Frankreich die Verhandlungen mit dem Abschluß des Vierer-Paktes.

Die Hintergründe der Verschwörung in Bulgarien.

Von einem Diplomaten will der Sofioter Korrespondent des **„Kurjer Warszawski"** Informationen erhalten haben, welche die Hintergründe der vereitelten Verschwörung gegen den König und die Bulgarische Regierung sensationell beleuchten. Es dürfte, so führte dieser Diplomat aus, nicht ein Zufall sein, daß es im Laufe einer verhältnismäßig kurzen Zeit zwei Versuche gegeben hat, das politische System zu stürzen und zwar in Albanien und in Bulgarien, also in zwei Balkanstaaten, in denen der italienische Einfluß dominiert.

Es liegt der Gedanke nahe, daß im Geheimen Faktoren an der Arbeit sind, denen im gegenwärtigen Augenblick daran gelegen ist, Italien auf dem Balkan vollständig auszuschalten.

Dies hängt mit der jetzt aktuell gewordenen Frage der Sanktionen auf dem Hintergrund des italienisch-abessinischen Konflikts ursächlich zusammen. Heute ist schon bekannt, daß man infolge ungenügender Vorbereitung und organisatorischer Fehler, die in einer so primitiven Bevölkerung, wie es die albanische ist, unvermeidlich sind, den überstürzten Versuch unternommen hat, einen Staatsstreich in Albanien vom Zaune zu brechen, und dasselbe läßt sich auch von der Verschwörung in Bulgarien sagen. Scheinbar hat der vereitelte Putsch in Bulgarien einen innerpolitischen Hintergrund, faktisch aber bildet er die Kette eines großen diplomatisch-militärischen Spiels, dessen endgültiges Ziel die Unschädlichmachung Italiens und im östlichen Teil des Mittelmeeres nicht durch die englische bewaffnete Macht, sondern mit Hilfe der Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei und der Sowjetunion ist. Diesen Plan kann man schon heute als zum Teil verwirklicht ansehen. Denn schon jetzt ist Griechenland ein unbedingt sicheres Werkzeug Englands, was um so leichter erreichbar war, als

die von Italien okkupierten griechischen Inseln des Dodekanes

einen wertvollen Anreiz für die Hellenische Regierung bilden.

Die Meldung von den gemeinsamen griechisch-türkischen Manövern hat unter den gegenwärtigen Bedingungen eine besondere Bedeutung. Die Türkei wünscht nichts sehnlicher als die Nachbarschaft Italiens in den Kleinasiatischen Gewässern loszuwerden. Die Gerüchte, daß die Türkei mit Wissen Englands sich damit einverstanden erklärt hat, daß die sowjetrussische Schwarzmeer-Flotte durch die Meerengen der Dardanellen durchgelassen wird, sind nicht ganz von der Hand zu weisen. Was schließlich Südslawien anbelangt, so macht die Perspektive der Unterhöhlung der Position Italiens in Albanien, die Erlangung der Bewegungsfreiheit im Adriatischen Meer und vielleicht sogar die

Wiedererlangung der völkisch-slawischen Teile von Fiume bis Triest und Zara

die von England erhobene Forderung der Sanktionen gegen Italien in Belgrad sehr populär. Dies erleichtert die Verteidigung der englischen Interessen im östlichen Teil des Mittelländischen Meeres mit Hilfe von fremden Staaten, und dies ermöglicht wiederum die Konzentration der ganzen englischen Flotte bei Gibraltar. Im Grunde genommen steht die Haltung Bulgariens also schon heute fest: entweder wird sich Bulgarien an den Sanktionen freiwillig bzw. auf Grund des Völkerbundbeschlusses beteiligen, oder es wird durch Umstände dazu gezwungen, denen es sich nicht wird widersetzen können.

Die Aufdeckung der Verschwörung in Sofia hat die Einbeziehung Bulgariens in die englische Balkanfront hinausgeschoben, aber durchaus nicht zunichte gemacht.

Spannung zwischen Bulgarien und Jugoslawien.

In diesem Zusammenhange ist eine Meldung des Budapester Korrespondenten des „Berliner Tageblatt" von Interesse, in der behauptet wird, daß der vereitelte Staatsstreich-Plan des bulgarischen Putschisten, Oberst Weltschew zu gewissen unliebsamen Weiterungen in den Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien geführt hat.

In maßgebenden politischen Kreisen der bulgarischen Hauptstadt ist man der Auffassung, daß Oberst Weltschew und seine Anhänger in ihrem Verschwörerplan von jugoslawischem Gebiete her unterstützt worden seien. Ein Sofioter Blatt stellte diesbezüglich sogar die Behauptung auf, Weltschew habe sich kurz vor seinem Übertritt auf bulgarisches Gebiet mit gewissen serbischen Militärkreisen besprochen, und in die Verschwörung sei auch der ehemalige Belgrader Polizeichef Natschew verwickelt.

Die Vorwürfe an die jugoslawische Adresse werden von der Belgrader „Politica" in schärfster Weise zurückgewiesen. Die Wirkung auf die Belgrader Öffentlichkeit war jedoch immerhin so stark, daß es die Belgrader Presse für notwendig hielt, sich mit direkten Fragestellungen an den bulgarischen Außenminister Kjöseiwanow zu wenden, der, von Genf kommend, soeben die jugoslawische Hauptstadt passierte. Kjöseiwanow, der vor seiner Amtsübernahme als Außenminister den bulgarischen Gesandtenposten in Belgrad bekleidete und in diplomatischen und politischen Kreisen Jugoslawiens als Jugoslawenfreund sehr hohes Ansehen genießt, erklärte, seiner Überzeugung nach werde die Verschwörerfrage sicherlich nicht solche außenpolitischen Dimensionen annehmen, die jugoslawisch-bulgarische Freundschaft zu erschüttern und tiefgehende Gegensätze heraufzubeschwören. Denn wenn auch die Möglichkeit vorliege, daß bulgarische Verschwörer mit gewissen jugoslawischen Kreisen Beziehungen unterhalten hätten, so wären diese Beziehungen sicherlich nur individueller Natur gewesen und hätten sich nicht auf die offiziellen Belgrader Stellen erstreckt.

Demgegenüber verharrt die bulgarische Öffentlichkeit jedoch auch jetzt noch bei ihrer seitherigen Meinungsbildung dahingehend, daß auf jeden Fall die außenpolitischen Auswirkungen des Staatsstreich-Planes zu einer Abkühlung der seit zwei Jahren so freundschaftlich gewordenen jugoslawisch-bulgarischen Beziehungen führen, jedenfalls aber

den Widerstand Bulgariens, dem Balkanpakt beizutreten, nur noch verstärken würden.

Andererseits wird aber auch in Sofioter Kreisen zugestanden, daß einzelne Momente der aufgedeckten Verschwörung noch der Klärung bedürften, und daß deshalb vorerst abgewartet werden müsse, welchen Tatbestand die außerordentlichen bulgarischen Militärgerichte erbringen würden, vor deren Forum die verhafteten Verschwörer bereits gestellt worden seien.

Massenverhaftungen in Bulgarien.

Die Polizei-Direktion in Sofia teilt mit, daß im Ergebnis der Aufdeckung der Verschwörung

in der Provinz 153 und in Sofia 62 Zivilpersonen verhaftet

worden sind. Die Verhafteten in der Provinz gehören vorwiegend der Linksradikalen Bauerngruppe an. Der Kriegsminister berichtet von der Verhaftung von 15 Offizieren. Der Kommandant der Sofioter Garnison hat angeordnet, daß man von Mitternacht bis 5½ Uhr früh ohne Genehmigung die Straße nicht betreten darf. Von 12—14 Uhr und von 22—8 Uhr früh sind Telephongespräche für Privatpersonen verboten.

Der Jahrestag der Thronbesteigung des Königs.

Wie aus Sofio gemeldet wird, herrscht jetzt im ganzen Lande Ruhe. Die Königliche Familie weilt auf dem Schloß Euxinograd bei Varna. Am Donnerstag, dem Jahrestag der Thronbesteigung des Königs Boris III. fand in der Kathedrale in Sofia ein Dankgottesdienst statt. Die große Truppenparade wurde dagegen abgesagt.

Beunruhigung in Rumänien

wegen des Paktes mit Rußland.

Wir haben bereits berichtet, daß die Verhandlungen über den rumänisch-russischen Hilfeleistungs-Pakt ins Stocken geraten waren, da von maßgebenden rumänischen Kreisen Einwände dagegen erhoben wurden. Über die innerpolitischen Hemmungen, auf welche die Ostpolitik Titulescus im Rechtslager stößt; gibt die Polnische Telegraphen-Agentur in folgenden Meldungen aus Bukarest Aufschluß:

In einer Versammlung der Konstitutionellen Front in Bukarest, der die Liberale Partei Bratianus, sowie die Volkspartei des Marschalls Avarescu angehört, sprach Bratianu über die Außenpolitik. Er betonte, die beste Garantie der Sicherheit Rumäniens sei die Wahrung der Treue gegenüber den Bundesgenossen in Nord, Süd und West. Rumänien könne, so behauptete Bratianu, gestützt auf diese Bündnisse, mit Erfolg die Öffnung seiner Grenzen entgegen dem Willen des rumänischen Volkes zum Kampf fremder Imperialismen verhindern und ihren uralten Bestrebungen, das nationale Territorium Rumäniens einzunehmen, Halt gebieten.

In einer Rede über die Außenpolitik, die in einer Klubsitzung der Christlichnationalen Partei ihr Vorsitzender Professor Cuza hielt, betonte der Redner,

daß Rumänien, indem es das Bündnis mit Frankreich wahrt, sich vor einer ähnlichen Kombination mit der Sowjetunion auch dann hüten sollte, wenn dieses Bündnis durch Vermittlung von Paris zustande kommen sollte.

Was den Pakt der gegenseitigen Hilfe mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei anbelangt, so stellte Professor Cuza fest, daß dieser Pakt Rumänien zwinge, den Durchmarsch sowjetrussischer Truppen durch rumänisches Gebiet auch in dem Falle zu gestatten, wenn dies die Interessen der Tschechoslowakei nicht erforderten. Er fragt, wer Rumänien die Garantie dafür gebe, daß die sowjetrussischen Truppen, nachdem sie einmal in das rumänische Gebiet eingedrungen sind, dieses auch wieder verlassen. Professor Cuza schloß seine Erklärung mit den Worten:

„Rumänien will in keine Kriegsabenteuer einbezogen werden; eine Änderung der rumänischen Außenpolitik ist daher notwendig."

In einer Versammlung der **„Rumänischen Front"**, an der eine nach vielen Tausenden zählende Masse von Bauern aus Siebenbürgen teilgenommen haben, erklärte der Vorsitzende der Organisation, der ehemalige Ministerpräsident Vaida-Voevod, auf die Außenpolitik Rumäniens eingehend, u. a. folgendes: „Es sind Gerüchte im Umlauf, daß zwischen Rumänien und Sowjetrußland angeblich ein Militärbündnis bestehe, das im Kriegsfalle ein Durchmarschrecht der sowjetrussischen Truppen durch rumänisches Gebiet gestattet. Man muß sich aber darüber klar werden, ob die Sowjettruppen, nachdem sie in Rumänien einmarschiert sind, auch wieder heimkehren. Der Außenminister Titulescu sollte eine Erklärung abgeben, wieviel Wahrheit in den Gerüchten über das Militärbündnis mit den Sowjets steckt. Vaida fügte hinzu, daß man ihm eine feindliche Einstellung gegenüber Sowjetrußland nicht vorwerfen könne, da er der erste rumänische Politiker gewesen sei, die die Anknüpfung von Beziehungen mit der Sowjetunion in die Wege geleitet habe."

Keine Arbeit für Polen in der Tschechoslowakei.

Nachdem schon seit etlichen Tagen über die Entlassungen von polnischen Arbeitern in der Tschechoslowakei berichtet wurde, meldet jetzt die Polnische Telegraphen-Agentur aus Mährisch-Ostrau, daß die Hüttendirektion in Witkowice neuerdings wieder 75 polnische Arbeiter aus ihrem Betriebe entlassen hat. Als diese Arbeiter bei der Direktion anfragten, weshalb man sie entlasse, da doch Arbeit im Unternehmen sei, antwortete man ihnen, sie sollten bei der Polizeidirektion in Mährisch-Ostrau anfragen, welche die Entlassungen angeordnet habe. Dort erklärte man den Arbeitern, die Entlassung sei aus dem Grunde erfolgt, weil sie Polen seien und weil ihnen in der Tschechoslowakei niemand Beschäftigung geben werde. Firmen, die dies tun sollten, würden streng bestraft werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage am Getreidemarkt.

Die leichte Preisabschwächung hat sich auch in der letzten Berichtswoche fortgesetzt. An den größeren Getreidemärkten sind die Getreidepreise in der Vorwoche fast durchweg nachgebend gewesen. Dieser sinkenden Preistendenz kommt jedoch aus folgenden Gründen keine größere Bedeutung zu: Über die Ernteerträge gewinnt man immer klarer Übersicht, wobei feststeht, daß sie niedriger sind, als anfänglich angenommen wurde. Dieser Umstand muß sich preiserhöhend auswirken. Andererseits war allgemein klar, daß die Zeit des Abwartens einmal vorübergehen mußte. Der Produzent benötigte Bargeld und die Industrie, vornehmlich die Mühlen, schritten nach Erschöpfung ihrer Vorräte zu Ankäufen in größerem Umfange. Auf diese Weise entstanden zwei sich gegenseitig bekämpfende Strömungen — einerseits eine steigende Tendenz im Ergebnis der getätigten Käufe und andererseits eine sinkende Tendenz, hervorgerufen durch das Angebot, das einige Zeit größere Ausmaße annahm. Die Schiffstransporte haben sich wesentlich erhöht, wobei das Angebot hier und da den Bedarf übersteigt. Hieraus erklärt sich das gewisse Nachgeben der Preise.

Im allgemeinen herrscht die Ansicht vor, daß weder ein großer Preisrückgang noch eine ins Gewicht fallende Preiserhöhung in den nächsten Wochen zu erwarten ist. Die Vorräte sind an sich zu groß, als daß eine Hausse eintreten könnte. Andererseits ist die Ernte schlecht gewesen, so daß eine stärkere Baisse nicht gerechtfertigt wäre.

Auf den Auslandsmärkten stellt sich die Situation völlig analog dar, nur mit dem Unterschied, daß auf letzteren Weizen und in Polen Roggen die dominierende Rolle spielt. Die Eintreibung der Steuerrückstände ist zwar bis zum 15. Oktober ausgesetzt, aber dieser Termin beginnt sich zu nähern. Da aber andererseits das Moratorium für die Zahlungsverpflichtungen der Landwirtschaft erklärt worden ist, so fällt für die Landwirtschaft die Notwendigkeit fort, ihre Vorräte in größerem Umfange zu Geld zu machen. Daher ist das Angebot in den letzten Tagen wieder stark zurückgegangen; so wurden beispielsweise am 1. Oktober an der Warschauer Getreidebörse nur noch 890 Tonnen Roggen umgesetzt gegen noch 1856 Tonnen am 25. September. Die Warschauer Börse notierte am 1. Oktober 1935 folgende Preise:

Roggen, Standard I	12,00—12,25
Roggen, Standard II	11,75—12,00
Weizen 775 g/1	18,50—19,00
Weizen, einheitlich	18,50—19,00
Hafer, Standard I	15,00—15,25
Hafer, Standard II	14,50—15,00
Braugerste	16,00—17,00
Gerste 678/672 g/1	15,00—15,50
Felderbsen	24,00—26,00
Viktoriaerbsen	31,00—34,00
Wicken	20,00—21,00
Blaulupinen	20,00—21,00
Gelblupinen	8,50— 9,00

EWD.

Die neuen polnischen Getreidevermahlungsvorschriften.

Am 1. Oktober cr. sind in Polen neue Getreidevermahlungsvorschriften in Kraft getreten.

Zum Handel im Inlande werden von dem genannten Zeitpunkte an nur Weizenmehl mit einer Vermahlung bis zu 65 Prozent und Roggenmehl mit einer Vermahlung bis zu 55 Prozent zugelassen. Mehlsorten mit einem höheren Vermahlungsprozent dürfen weder verkauft, noch zum Backen oder zu anderweitiger gewerblicher Verarbeitung verwendet werden. Im Handel darf sich in Zukunft nur noch 90prozentiges Vollschrot-Roggenmehl und 90prozentiges Vollschrot-Weizenmehl befinden, während alle anderen Mehlgattungen nur in der eigenen Haushaltung der Landwirte verwendet werden dürfen.

Die Verwaltungsbehörden werden die Durchführung dieser Vorschriften in den Gewerbe- und Handelsbetrieben genau kontrollieren und jede Überschreitung strafrechtlich verfolgen. Außerdem muß vom 1. Oktober d. J. an alles im Handel befindliche Mehl in genau bezeichneten Säcken aufbewahrt werden. Auch müssen mit dem genannten Stichtage alle Mehlsorten, die nach der neuen Verordnung zum Handel nicht mehr zugelassen sind, aus dem Handel verschwinden.

Der Zweck der neuen Vermahlungsvorschriften ist, eine Vergrößerung des Inlandsverbrauchs von Brotgetreide zu bewirken. In den letzten Jahren war bekanntlich ein Rückgang des Brotgetreideverbrauchs je Kopf der Bevölkerung und eine Zunahme des Kartoffelverbrauchs als sinnfälliger Ausdruck eines fortschreitenden Verarmungsprozesses der breiten Massen festzustellen, und diese Verbrauchsumschichtung hat nicht zuletzt den fortdauernden Sturz der Getreidepreise und die sinkende Rentabilität der polnischen Landwirtschaft bewirkt. Dem Fortschreiten dieses Prozesses soll jetzt durch den Zwang zur niedrigen Ausmahlung entgegengetreten werden. In diesem Zusammenhang betrachtet, bilden also auch die neuen Vermahlungsvorschriften einen Bestandteil der neuen Agrarpolitik.

Von sachverständiger polnischer Seite wird errechnet, daß in Verfolg der Normenänderung der Roggenverbrauch in Polen eine Erhöhung um 2 464 000 Dopelzentner und der Weizenverbrauch eine solche um 1 340 000 Doppelzentner erfahren dürfte, deren zusätzliche Kosumierung am Inlandsmarkt die Ausfuhr einer größeren Menge von Getreide und die Prämiierung des Exportes mit großen Budgetopfern überflüssig machen werde.

Dank der geringen Ergiebigkeit der Vermahlung erhöht sich die Produktion von Roggen- und Weizenkleie um zusammen 8 357 000 Doppelzentner. Es erscheint unwahrscheinlich, daß es dem Inlandsmarkt gelingen wird, ein solches Mehrangebot an Kleie aufzunehmen. Die Weizen- und Roggenkleiepreise werden, wie man infolgedessen annimmt, wahrscheinlich empfindlich zurückgehen.

EWD.

Die Kartoffelmißernte in Großpolen und die kartoffelverarbeitende Industrie.

Die diesjährige Kartoffelernte im Posenschen beträgt nach Informationen aus großpolnischen Landwirtschaftskreisen durchschnittlich 40 bis 50 Prozent der vorjährigen Kartoffelerträge. Es gibt Kreise, in welchen der Ertrag unter 50 Prozent gesunken ist. Wenn auch die Trockenheit, die in Großpolen die Mißernte an Kartoffeln hervorgerufen hat, nicht alle Teile Polens in Mitleidenschaft gezogen hat, so war die Dürre auch für die Spiritus- und für die kartoffelverarbeitende Industrie, die sich bekanntlich vorwiegend in der Provinz Posen konzentriert, ein unerwarteter Schlag, zumal sich der Minderertrag angeblich nicht durch Zufuhren aus anderen Teilen des Landes ersetzen läßt. Durch die hohen Frachtkosten für Kartoffeln aus abgelegenen Bezirken wird nämlich, selbst wenn die Frachtsätze noch ermäßigt würden, jede Kalkulation durchkreuzt. Unter diesen Umständen bestehen Befürchtungen, daß die polnische Spiritusindustrie nicht in der Lage sein wird, das mittlere Exportkontingent zu erzeugen; sie wird vielleicht nicht einmal in der Lage sein, den inneren Markt zu befriedigen. Um dieser Eventualität zu begegnen, sind energische Bemühungen im Gange, um die Spiritusindustrie zur stärkeren Verwendung von Roggen zu bestimmen, was eine Besserung der Preise für diese Getreideart im Gefolge haben und ferner ermöglichen würde, die vorhandenen Kartofelbestände für die kartofelverarbeitende Industrie zu reservieren.

Katastrophale Folgen der Trockenheit sind übrigens auch in der Wojewodschaft Lodz zu verzeichnen. Die Lodzer Landwirtschaftskammer wird ständig durch die lokalen Landwirtschaftsorganisationen wegen der hohen Schäden alarmiert. Mit Ausnahme der tiefer liegenden Gegenden ist die Wojewodschaft Lodz — wie sich nach erfolgter Ernte herausstellt — in vollem Umfange von einer Mißernte heimgesucht worden. Neben anderen erheblichen Ausfällen ergibt sich auch im Bereich der Lodzer Wojewodschaft im allgemeinen ein 30- bis 35prozentiger Ausfall an Kartoffeln; in zahlreichen Kreisen erhöht sich der Minderertrag bis auf 60 Prozent. In den von der Dürre besonders empfindlich betroffenen Bezirken, zu denen die Kreise Kalisch und Końskie gehören, ist auch die Getreideernte um 40 Prozent unter der vorjährigen geblieben. Überaus schwierig wird sich auch — mit Rücksicht auf den schlechten Ausfall der Futtermittelernte — die Durchbringung des Viehes über den Winter gestalten. Es wird infolgedessen mit Massenschlachtungen in den meisten von der Dürre betroffenen Bezirken gerechnet.

EWD.

Goldblock und Sanktionen.

Der italienisch-abessinische Krieg und die Weltwährungen.

Von Gilbert C. Layton, Direktor des „Economist", London.

(Nachdruck verboten.)

Die ersten Schüsse in Abessinien, der faszistische Generalappell und die abessinischen Kriegstrommeln sind nicht nur Begleitgeräusche eines örtlichen Streites, sie bedeuten auch eine Umwälzung der Weltwirtschaft und der Weltwährungen. Die jüngsten politischen Ereignisse müssen sich vor allem unmittelbar auch auf die Wirtschaft der Goldblockländer auswirken.

Der holländische Gulden litt letzthin wieder unter einem neu einsetzenden Mißtrauen. Die öffentliche Meinung Hollands drängt angesichts der schwierigen Wirtschaftslage des Landes mehr und mehr zur Devalvation, und selbst die Katholische Partei steht nicht bis zum letzten Mann geschlossen hinter Dr. Colijn und seiner Deflationspolitik. Aber selbst, wenn der innere Druck auf den Gulden geringer wäre, würde die Stellung der holländischen Währung durch den Kriegsausbruch äußerst unsicher werden. Warscheinlich wird Italien nach einer kurzen Zeit offener Feindseligkeiten den Goldstandard gänzlich aufgeben; womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß es gegenwärtig noch an einem echten Goldstandard festhält. Scheidet aber Italien endgültig aus dem Goldblock aus, so ist schon diese Tatsache allein eine weitere Schwächung der restlichen Goldwährungen. Wenn, wie fast vorauszusehen, der Völkerbund sich für Sanktionsmaßregeln irgend welcher Art erklärt, wird sich auch bei den beteiligten Ländern eine gesteigerte Wirtschaftsanspannung und damit ein neuer, starker Druck auf die Währungen bemerkbar machen.

In Frankreich muß ein Krieg zwischen Italien und Abessinien aller Wahrscheinlichkeit nach bei den Militaristen ein Verlangen nach noch weiterer Verstärkung der Rüstungen hervorrufen — ein Verlangen, das Laval aus innerpolitischen Gründen nicht zurückweisen kann. Das bedeutet aber eine weitere Belastung der französischen Staatsfinanzen, die jetzt schon ganz und gar nicht in guter Ordnung sind. Wenn aber Laval im letzten Augenblick trotz seiner bisherigen Erklärungen vor der Anwendung von Sanktionen zurückschrecken würde, so würde er sich einer scharfen Opposition der Linksparteien gegenübersehen, die bei einem Regierungswechsel die gegenwärtige Deflationspolitik sehr schnell beseitigen und den französischen Frank abwerten würden. In beiden Fällen also ist auch hier ein scharfer Angriff auf die Goldwährung zu erwarten. Sanktionen oder nicht — der Devisenmarkt wird dem Druck auf Frankreichs Wirtschaft, den der italienisch-abessinische Krieg mit sich bringt, von vornherein in Rechnung stellen und den Frank absinken lassen.

Die Wirtschaftslage der Schweiz macht es ferner zweifelhaft, ober der Schweizer Franken einer allgemeinen Währungserschütterung widerstehen könnte. Die Schweizer Konjunkturkurven zeigen neuerdings eine bedenkliche Bewegung nach unten. So war die Ausfuhrziffer für den August die niedrigste seit Januar 1934; sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr war gegenüber den vorhergehenden Monaten stark verschlechtert. Kommt nun die Furcht vor einer Hineinziehung in den Kriegsstrudel oder die tätige Teilnahme an Sanktionsmaßnahmen hinzu, so muß auch für die Beibehaltung des Goldstandards in der Schweiz ernste Gefahr eintreten.

Nehmen wir also an, daß der Goldblock im Lauf der Ereignisse zerbrechen wird: was wären die Folgen für die Wirtschaft der Welt? Fest steht zunächst, daß ein Bruch des Goldblocks kein dazugehöriges Land unbehelligt lassen würde. Eine solche Erschütterung der Goldwährungen würde zunächst zu einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbs führen, zu einem neuen Kampf um die ohnehin recht spärlichen Reste des Welthandels. Das bedeutet wiederum die Errichtung neuer Zollschranken und die Einführung verfeinerter Hindernisse für den Warenaustausch über die Grenzen hinweg. Die Aussicht ist so wenig erfreulich, daß nur ein ganz geringer Trost zu erblicken ist: vielleicht wird man endlich in allen Ländern die Torheit all' dieser Hindernisse und Hemmungen einsehen, vielleicht wird gerade die Überspitzung des jetzigen Systems, unter dem niemand Ware und jeder Geld haben will, zu seiner Beseitigung führen. Hinter dem vollendeten Zusammenbruch des Welthandels mag ein Weg zu internationaler Zusammenarbeit zu finden sein, der nicht zu uferlosen Konferenzen und Beschlüssen, sondern zu ganz greifbaren Vereinbarungen der Länder untereinander führt und der uns damit zu einem Abbau der Handelshemmnisse und zu irgend einer Form eines internationalen Geldsystems bringt. Aber wann wird dieser Weg erschlossen werden?

Gegenwärtig wirkt jedenfalls der Goldblock wie ein Überbleibsel aus jener Zeit, die auf diese und ähnliche Weise glaubte, mit den Folgen des Weltkrieges Schluß machen zu können und so eine endgültige Stabilisierung der durch den Krieg und die ihn abschließenden Verträge zerrütteten Weltwirtschaft zu erzielen. Goldwährungen ohne Anpassungsfähigkeit sind anscheinend so wenig lebensfähige Gebilde, daß sie früher oder später berichtigt werden müssen. Fraglich ist allerdings, ob Kriegszeiten eine passende Gelegenheit für solche Berichtigungen sind. Wäre der internationale Währunsausgleich normal, so müßte im Kriegsfalle das Gold aus den kriegführenden und den „nervösen" Ländern in diejenigen Länder fließen, die an den Feindseligkeiten nicht teilnehmen; und vielleicht ist es wirklich das beste, diesem natürlichen Goldstrom, der zur Zeit nach Amerika fließt, möglichst wenig Hindernisse in den Weg zu legen. Der Goldblock hat die Fähigkeit verloren, als „Bankier der Welt" aufzutreten — eine Rolle, die von der Finanzwelt jetzt ohne Zaudern eben wieder den Vereinigten Staaten von Nordamerika zugeschrieben wird. Dieser Rollenwechsel wird sich noch viel klarer zeigen, wenn der Krieg mit allen seinen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen immer weiter fortschreitet. Ein Krieg zwischen Italien und Abessinien würde vor dreißig Jahren nicht zu den welterschütternden, also auch nicht zu den währungserschütternden Ereignissen gehört haben; gegenwärtig, d. h. in einer Zeit äußerster Schwäche der gesamten Weltwirtschaft, aber müssen sogar weit größere Währungsbewegungen erwartet werden, als sie einem „normalen Krieg" entsprächen. Die voraussichtlichen Goldabziehungen werden die Sorgen der am Krieg und seinen Folgen mittelbar oder unmittelbar beteiligten Regierungen nicht unbeträchtlich vermehren. Daß man unter diesen Umständen in den Kreisen der Londoner City den Zeitpunkt einer endgültigen Währungsstabilisierung gerade jetzt nicht für gekommen hält, dürfte nur allzu verständlich sein.

Die Wirtschafts- und Finanzlage Polens.

Die polnische Staatswirtschaftsbank stellt uns folgenden Eigenbericht über die Wirtschafts- und Finanzlage Polens im August zur Verfügung.

Die schon im vorausgegangenen Monat beobachtete Belebung in einigen Zweigen der Produktion nahm im August d. J. besonders in der Textilindustrie und im Baugewerbe einschließlich seiner Hilfsindustrien größeren Umfang an. Im Zusammenhang damit war einerseits eine Zunahme des Umfanges der Kreditoperationen und auf der anderen Seite ein unerheblicher Abfluß von Depositen zu verzeichnen, die zu Produktionszwecken benötigt wurden. Auf das Anwachsen des Kreditgeschäfts übte ferner die Mobilisierung von Landwirtschaftskrediten, die gegen Verpfändung von Agrarprodukten aus der neuen Ernte erteilt worden sind, einen günstigen Einfluß aus. Die Zahlungsfähigkeit der Abnehmer von Industrie und Handel hat sich weiter gebessert. Eine Besserung hat auch die bislang schwache Zahlungsfähigkeit der Landwirtschaft erfahren. Am Wertpapiermarkt herrschte, ähnlich wie an den Auslandsbörsen, sinkende Tendenz bei schrumpfenden Umsätzen.

Die Situation in der polnischen Landwirtsachft hat sich im Berichtsmonat gebessert. Dazu beigetragen haben insbesondere die Beendigung der Erntearbeiten, sowie die Erleichterungen für die Bezahlung der Steuerpflichtigen. Im Vergleich zu früheren Jahren trat nach der diesjährigen Ernte ein verhältnismäßig geringes Angebot an Getreide und den wichtigsten Viehprodukten in Erscheinung. Im Zusammenhang damit, sowie unter dem Einfluß der Situation an den internationalen Märkten trat eine weitere Erhöhung der Viehpreise und sogar eine Preisaufbesserung für Getreide in Erscheinung. Die Erwartungen in bezug auf eine Erhöhung des Bedarfs der Landbevölkerung führten zu einer Belebung der Erzeugung der Textilindustrie und zu einer Steigerung der Umsätze von Textilartikeln vor allem im Großhandel. Die Zunahme der industriellen Erzeugung erhielt weitere Impulse durch die gesteigerte Wohnungsbautätigkeit und die öffentlichen Arbeiten. Im Zusammenhang damit ist die Erzeugung der Stein- und Metallindustrie und der Absatz von Hüttenerzeugnissen am Inlandsmarkt gestiegen. Die Kohlenförderung zeigte gegenüber dem Vormonat keine Änderungen; sie war aber geringer als im gleichen Monat des Vorjahres. Einen Einfluß auf diese Entwicklung hatte vor allem die sinkende Kohlenausfuhr im laufenden Jahr. Die Erdölindustrie erhöhte ihre Produktion im Zusammenhang mit der Steigerung des Absatzes am Inlandsmarkt. Eine geringe Zunahme der Beschäftigung weist auch die Lebensmittelindustrie auf. Dagegen war bei der Holzindustrie eine saisonmäßige Abschwächung der Umsatztätigkeit zu beobachten.

Die Handelsumsätze am Inlandsmarkt waren ohne größere Schwankungen unverändert. Auch der Warenaustausch mit dem Auslande hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vormonats. Der Aktivsaldo des Außenhandels konnte erhalten werden. Die Zunahme der Beschäftigung in der Industrie führte zu einer weiteren Senkung der Zahl der registrierten Erwerbslosen um rund 30 000 Personen.

EWD.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 7. Oktober auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 5. Oktober. Danzig: Ueberweisung 99.75 bis 100,15, Berlin: Ueberweisung große Scheine 46,81—46,91, Prag: Ueberweisung 459,00, Wien: Ueberweisung 100.52, Paris: Ueberweisung —.—. Zürich: Ueberweisung 57.80, Mailand: Ueberweisung 222,50, London: Ueberweisung 26,03, Kopenhagen: Ueberweisung 86,70, Stockholm: Ueberweisung 75.00, Oslo: Ueberweisung 77,50.

Warschauer Börse vom 5. Oktober. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 89,80, 90,03 — 89,57, Belgrad —, Berlin —,—, —,— — —.—, Budapest — Bukarest —, Danzig —,—, —,— — —,—, Spanien 72,58, 72,94 — 72,22, Holland 359,35, 360,25 — 358,45, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 116,10, 116,65 — 115,55 London 26,01, 26,14 — 25,88, Newyork 5,32¹/₄, 5,35¹/₄ — 5,29¹/₄, Oslo 130,65, 131,30 — 130,00, Paris 35,01, 35,10 — 34,92, Prag 22,00, 22,05 — 21,95, Riga —, Sofia —, Stockholm —,—, —,— — —,—, Schweiz 173,10 — 173,53 — 172,67, Tallin —, Wien —, Italien 43,25, 43,37 — 43,13.

Berlin, 5. Oktober. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,488—2,492, London 12,16—12,19, Holland 168,03—168,37, Norwegen 61,06 bis 61,18, Schweden 62,70—62,82, Belgien 41,98—42,06, Italien 20,30 bis 20,34, Frankreich 16,37—16,41, Schweiz 80,92—81,08, Prag 10,28 bis 10,30, Wien 48,95—49,05, Danzig 46,81—46,91, Warschau 46,81—46,91.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,29 Zł., do. kleine 5,28 Zł., Kanada 5,18 Zł., 1 Pfd. Sterling 25,87 Zł., 100 Schweizer Franken 172,59 Zł., 100 franz. Franken 34,91 Zł., 100 deutsche Reichsmark nur in Gold 211,49 Zł., 100 Danziger Gulden —.— Zł., 100 tschech. Kronen —,— Zł., 100 österreich. Schillinge 98,50 Zł., holländischer Gulden 357,80 Zł., Belgisch Belgas 89,36 Zł., ital. Lire 32,00 Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 5. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen 45 to 13.25

Richtpreise:

Weizen	17.75—18.00	Viktoriaerbsen	26.00—31.00
Roggen, vorjährig	—.—	Folgererbsen	21.00—23.00
Roggen, gef., trocken	13.00—13.50	Klee, gelb, in Schalen	—.—
Braugerste	15.25—16.25	Tymothee	—.—
Einheitsgerste	14.25—14.75	Engl. Raygras	—.—
Wintergerste	13.75—14.00	Weizenstroh, lose	1.50—1.70
Hafer	14.50—15.00	Weizenstroh, gepr.	2.10—2.30
Roggenmehl (55%)	19.50—20.50	Roggenstroh, lose	1.75—2.00
Weizenmehl E(0-65%)	27.50—28.00	Roggenstroh, gepr.	2.25—2.50
Roggenkleie	9.25—9.75	Haferstroh, lose	2.50—2.75
Weizenkleie, mittelg.	9.25—9.75	Haferstroh, gepreßt	3.00—3.25
Weizenkleie (grob)	9.75—10.25	Gerstenstroh, lose	1.00—1.50
Gerstenkleie	9.50—10.75	Gerstenstroh, gepr.	1.90—2.10
Winterraps	40.00—41.00	Heu, lose	6.50—7.00
Rübsen	37.00—38.00	Heu, gepreßt	7.00—7.50
Leinsamen	36.00—38.00	Netzeheu lose	7.50—8.00
blauer Mohn	48.00—50.00	Netzeheu, gepreßt	8.00—8.50
gelbe Lupinen	—.—	Leinkuchen	17.75—18.00
blaue Lupinen	—.—	Rapskuchen	13.50—13.75
Seradella	—.—	Speisekartoffeln	3.50—4.25
roter Klee, roh	—.—	Fabrikkartoff.p.kg%	21 gr
weißer Klee	75.00—95.00	Trockenschnitzel	—.—
Klee, gelb ohne Schalen	—.—	Sonnenblumenkuchen 42—43%	19.00—19.50
Senf	35.00—37.00	Sojaschrot	19.50—20.50
Peluschken	—.—		

Gesamttendenz: beständig. Umsätze 5821 to, davon 760 to Roggen, 437 to Weizen, 505 to Gerste, 107 to Hafer.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 7. Oktober. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 754 g/l. (128,1 f. h.), Braugerste 709 g/l. (120,4 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Hafer 451 g/l. (75,2 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen	— to	—.—	gelbe Lupinen	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
Stand.-Weizen	— to	—.—	Braugerste	— to	—.—
Einheitsgerste	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Roggenkleie	— to	—.—	Speisekart.	— to	—.—
Weizenkleie	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	13.25—13.50	Gerstenkleie	9.75—10.75
Standardweizen	18.00—18.50	Winterraps	39.00—41.00
a) Braugerste	16.00—16.50	Winterrübsen	36.00—38.00
b) Einheitsgerste	15.25—15.75	blauer Mohn	51.00—53.00
c) Sammelg. 114-115 P.	14.75—15.25	Senf	37.00—39.00
d) Wintergerste	—.—	Leinsamen	34.00—36.00
Hafer	15.50—15.75	Peluschken	21.00—23.00
Roggen-Auszugmehl 0-30%	22.00—22.50	Wicken	21.00—23.00
Roggenm. I 0-45%	21.50—22.00	Seradella	—.—
" I 0-55%	21.00—21.50	Felderbsen	21.00—23.00
Roggenm. II 45-55%	18.50—19.00	Viktoriaerbsen	28.00—32.00
Roggen-nachmehl 0-90%	16.25—16.75	Folgererbsen	21.00—24.00
Weizenm. I A 0-20%	30.25—32.25	Tymothee	—.—
" I B 0-45%	29.50—30.50	blaue Lupinen	—.—
" I C 0-55%	28.75—29.75	gelbe Lupinen	—.—
" I D 0-60%	27.75—28.75	engl. Raygras	—.—
" I E 0-65%	26.75—27.75	Gelbklee, enthülst	—.—
" II A 20-55%	24.25—25.25	Weißklee	70.00—90.00
" II B 20-65%	23.75—24.75	Rotklee, unger.	—.—
" II C 45-55%	—.—	Rotklee, gereinigt	—.—
" II D 45-65%	22.50—23.50	Fabrikkartoffeln p. kg%	18 gr
" II E 55-60%	—.—	Speisekartoffelnn. Pom.	4.50—5.00
" II F 55-65%	18.25—18.75	Speisekartoffeln Pom.	4.00—4.50
" II G 60-65%	—.—	Kartoffelflocken	—.—
Weizenschrot-nachmehl 0-90%	20.25—20.75	Leinkuchen	18.50—19.00
Roggenkleie	9.25—10.00	Rapskuchen	13.50—14.00
Weizenkleie, fein	9.75—10.50	Sonnenblumenkuch.	19.50—20.50
Weizenkleie, mittelg.	9.25—9.75	Kokoskuchen	15.00—16.00
Weizenkleie, grob	9.50—10.25	Roggenstroh, lose	—.—
		Roggenstroh, gepr.	—.—
		Netzeheu, lose	7.50—8.00
		Sojaschrot	20.00—21.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Weizen, Gersten, Roggen- und Weizenmehl ruhig, Hafer stetig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	616 to	Speisekartoffel	— to	Hafer	390 to
Weizen	229 to	Fabrikkartoff.	345 to	Peluschken	15 to
Braugerste	136 to	Saatkartoffel	— to	Raps-Schrot	— to
a) Einheitsgerste	— to	blauer Mohn	3¹/₂ to	Wint.-Rübsen	— to
b) Winter- "	— to	Mohn	— to	Gemenge	— to
c) Sammel- "	146 to	Netzeheu	— to	Gelbe Lupin.	— to
Roggenmehl	104 to	Gerstenkleie	15 to	Rapskuchen	— to
Weizenmehl	162 to	Seradella	— to	Rübensamen	15 to
Viktoriaerbsen	— to	Trockenschnitzel	— to	Raps	— to
Folger-Erbsen	— to	Senf	— to	Sonnenblumenkuchen	— to
Feld-Erbsen	— to	Kartoffelflock.	— to	Buchweizen	— to
Roggenkleie	55 to	Roggenschrot	215 to	Rübsen	4 to
Weizenkleie	30 to	Weißklee	3 to		

Gesamtangebot 2501 to.

Posener Butterpreise vom 5. Oktober. (Festgesetzt durch die Firmen: Molkerei-Zentrale, Związek Gospodarczy Spółdzielni Mleczarskich.) En gros: 1. Qualität 3,25 Zloty pro Kg. ab Verladestation, 2. Qualität 3,10, 3. Qualität 2,90. Ausgeformte Butter an Wiederverkäufer: 1 Qualität —,— Zloty pro Kg. ab Lager Posen, 2. Qualität —,—. Kleinverkaufspreis: 1. Qualität 3,60, 2. Qualität 3,40, 3. Qualität 3,20 Zloty pro Kg.